

fonction publique

numéro 254

novembre/
décembre 2017

49^e année

paraît 6 fois par an



Foto: Christof Weber

Ein knappes Jahr vor den Parlamentswahlen wandte sich die CGFP mit einem Bündel von Forderungen an die Politik: Mehr als 750 CGFP-Mitglieder machten am 27. November 2017 auf einer äußerst erfolgreichen Protestveranstaltung ihrem Ärger Luft.

Die CGFP-Spitze um Nationalpräsident Romain Wolff und Generalsekretär Steve Heiliger brach eine Lanze für eine sichere Zukunft des öffentlichen Dienstes. Unter

tosendem Applaus forderten beide Redner, dass Teile der Beamtendienstrechtsreform abgeschafft werden müssen. Zudem äußerten sie Bedenken in Bezug auf eine zusätzliche Öffnung des Staatsdienstes für Nicht-Luxemburger.

Die äußerst erfolgreiche Kundgebung war der eindrucksvolle Beweis dafür, dass die Berufsorganisation aller öffentlich Bediensteten in entscheidenden Momenten geschlossene Rückendeckung von den 60 angegliederten Fachverbänden erhält.

Lesen Sie hierzu unseren Beitrag auf Seite 4



*Nous souhaitons
à tous nos membres,
amis et lecteurs un
Joyeux Noël et une
Bonne et Heureuse Année*

PERIODIQUE

POST
LUXEMBOURG

Envois non distribuables à retourner à:
L-3290 BETTEMBOURG

PORT PAYÉ
PS/141



L'évasion est proche

LUX VOYAGES CGFP, une agence de voyage complète à votre service:

Pour vos déplacements de service ou privés à l'étranger

Voyages organisés

Billets d'avion, de train et de bateau

Réservations d'hôtels et d'appartements dans le monde entier

Tarif spécial pour membres CGFP

**OUVERT
LE SAMEDI MATIN**



LUX VOYAGES

25A, boulevard Royal (Forum Royal) • L-2449 Luxembourg
Tél. 47 00 47- 1 • Fax 24 15 24 • e-mail: luxvoyages@cgfp.lu
Ouvert du lundi au vendredi de 8 à 18 h et le samedi de 9 à 13 h

Editorial

Soziale Dimension Europas jetzt stärken



Und wieder neigt sich ein Jahr dem Ende zu. Laut STATEC ist die Wirtschaft im Jahre 2017 um rund 3,5% gewachsen und laut jüngsten Vorhersagen wird sich dieser positive Trend im nächsten Jahr fortsetzen. Gleiches gilt für die Steuereinnahmen, die sich trotz Inkrafttreten der Steuerreform zum 1. Januar 2017, die ganz sicher bei den Privathaushalten weiter hätte gehen können, sind es doch gerade sie, die diese Reform zum Teil vorfinanziert und deshalb erst recht ermöglicht haben, weiter günstig entwickeln.

2017 war ein turbulentes Jahr, das auf nationaler Ebene u.a. gekennzeichnet war durch die im Oktober stattgefundenen Gemeindevahlen, einem in letzter Sekunde abgewendeten Streik am Luxemburger Flughafen sowie der äußerst erfolgreichen Protestveranstaltung der CGFP am 27. November 2017. Diese Veranstaltung hat wieder ganz deutlich bewiesen, dass die CGFP absolut in der Lage ist, gerade dann ihre Mitglieder zu mobilisieren, wenn es darauf ankommt.

Doch auch auf internationaler Gewerkschaftsebene war das Jahr 2017 von größter Bedeutung, wurde doch am 17. November, in Anwesenheit einiger auserwählter Sozialpartner, auf dem sogenannten Sozialgipfel in Göteborg das europäische Grundlagenpapier der Sozialrechte feierlich formalisiert.

Dass die einzige europäische Dachorganisation von unabhängigen Gewerkschaften, die „Confédération Européenne des Syndicats Indépendants“, kurz CESI genannt, die mittlerweile mehr als 5 Millionen Mitglieder zählt und zu deren Gründungsmitglieder auch die CGFP gehört, wieder einmal außen vor gelassen wurde, unter Federführung eines Präsidenten der Europäischen Kommission, der von sich selbst behauptet, der „Präsident des sozialen Dialogs“ zu sein, lässt tief blicken, da gewusst sein müsste, dass an einem so wichtigen Tag für Europa alle relevanten Kräfte auf Gewerkschaftsebene mit am Tisch sitzen müssten, damit eine solch wichtige und bahnbrechende Initiative nicht in Gefahr gerät, zu scheitern.

In den letzten Jahren wurde immer wieder deutlich, dass sich die europäischen Vertreter der Bürger in Brüssel nur allzu oft gerade von deren berechtigten Anliegen und Sorgen entfernt haben und diese Distanz hat mit dazu beigetragen, dass auf allen politischen Ebenen einige rechtslastige Parteien Zulauf bekamen.

Dieser Trend muss gestoppt werden, das Vertrauen der Bürger muss wiedererlangt werden!

Doch dies gelingt weder mit Entscheidungen auf höchster politischer EU-Ebene zum Bräunungsgrad der „Pommes frites“, noch mit den jüngsten Entwicklungen betreffend die Verlängerung des für die Gesundheit aller Bürger Europas schädlichen weiteren Gebrauchs von Glyphosat um fünf Jahre.

Letzteres ist ein Skandal, der wieder einmal klar verdeutlicht, wer offensichtlich das Sagen auf höchster europäischer Ebene hat: Eine unübersichtliche Mehrzahl von Lobbyisten der Wirtschaftsbranche, mit ihnen reichlich zur Verfügung stehenden Mitteln finanzieller Art,

von denen Arbeitnehmervertreter nur ansatzweise träumen können.

Auch nach dem 17. November stehen Sozial- und Fiskaldumping weiter auf der Tagesordnung, dies alles gekoppelt an unterfinanzierte, (teil) privatisierte oder vollends abgeschaffte öffentliche Dienstleistungen, auf Kosten ihrer Qualität, auf Kosten des allgemeinen Interesses im Sinne der europäischen Bürger.

Ein sozialer Pakt auf europäischer Ebene ist begrüßenswert. Dennoch bleibt zu hoffen, dass dieser Text nicht ein rein symbolischer bleibt.

Viel zu lange wurde die soziale Dimension Europas sträflichst vernachlässigt, die Bürger erwarten sich jetzt konkrete Maßnahmen. Ein Scheitern der jetzt formalisierten Initiative wäre desaströs für den europäischen Gedanken.

Alle Sozialpartner sind gefordert, zu ihrem Gelingen beizutragen. Auch wenn eine gewisse Skepsis bleibt, die CGFP gemeinsam mit der CESI sind jedenfalls dazu bereit.

Romain Wolff

Webinfo

**Schnell und
übersichtlich
informiert:**



www.cgfp.lu



Organe de la Confédération Générale
de la Fonction Publique **CGFP**

Éditeur: **CGFP**
488, route de Longwy, L-1940 Luxembourg
Tél.: 26 48 27 27 – Fax: 26 48 29 29
E-mail: cgfp@cgfp.lu
Rédaction: Tél.: 26 48 27 27 - 43
Impression: Saint-Paul Luxembourg s.a.

La reproduction d'articles, même par extraits,
n'est autorisée qu'en cas d'indication de la source.

Les articles signés ne reflètent pas nécessairement l'avis
de la CGFP.

Großangelegte CGFP-Protestveranstaltung

Ein Warnschuss für alle Parteien

„Fir eng sécher Zukunft vun der Fonction publique“ lautete das Motto der Protestveranstaltung, zu der die CGFP am vergangenen 27. November im Parc Hotel Alvisse in Dommeldingen aufgerufen hatte. Zwei Jahre nach dem Inkrafttreten der Reform im öffentlichen Dienst brachte die CGFP ihren Unmut über deren mangelhafte Umsetzung zum Ausdruck. Mehr als 750 Teilnehmer waren dem Aufruf gefolgt, so dass die Kundgebung als großartiger Erfolg gewertet werden kann. Neben dem CGFP-Kooperationspartner FGFC, der Gewerkschaft des Gemeindepersonals, hatten sich auch das Syprolux, der Landesverband und die Kommunistische Partei solidarisch erklärt.

Der Zusammenhalt und die Zusammengehörigkeit sämtlicher CGFP-Mitgliedsorganisationen sei eine Grundvoraussetzung für eine gute und wirksame Gewerkschaftsarbeit, stellte CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger gleich zu Beginn seiner Rede klar: „Wer sich mit einem von uns anlegt, legt sich mit jedem von uns an.“ Dem Versuch, die CGFP-Fachverbände bei künftigen Verhandlungen auszuschließen, erteilte er eine deutliche Absage: „Wir lassen uns nicht in die interne Organisation reinreden und vorschreiben, mit wem die Politik verhandeln will.“ Die Absicht, die CGFP-Berufsverbände gegen ihren Dachverband aufzuwiegeln, sei nicht hinnehmbar und führe lediglich dazu, dass die gewerkschaftliche Solidarität gestärkt werde.

Sorgen bereitet der CGFP, dass der öffentliche Dienst Gefahr läuft, künftig an Attraktivität zu verlieren. Die sinnlose 80/80/90-Regelung, die nicht dazu beitrage Herr der Lage zu werden, müsse rückgängig gemacht werden, betonte Heiliger. Dabei handele es sich keineswegs um eine Gehaltsforderung. Mit ihrer Zustimmung für die Herabsetzung der Entschädigungen während des dreijährigen Praktikums habe die CGFP damals eine „bittere Pille“ geschluckt, um andere, von der vorigen Regierung in Erwägung gezogene Verschlechterungen erfolgreich abzuwenden.

Fragwürdiges Bewertungssystem

Die grundsätzliche Reform des „Stage“, die an die 80/80/90-Regelung geknüpft war, sei bislang jedoch ausgeblieben. „In den Verwaltungen werden die Referendare bereits am ersten Arbeitstag ins kalte Wasser geworfen“, beklagte sich Heiliger. Trotz finanzieller Einbußen (bis zu 20 Prozent weniger als vor dem Inkrafttreten der Reform) würden die Neulinge quasi einen Vollzeitjob ausüben. Teilweise würden die Lehrgänge außerhalb der Arbeitszeit und an Wochenenden stattfinden. Schlimmer noch: In einigen Fällen, wie etwa bei der Polizei, würden die Berufsanfänger nicht einmal als Praktikanten anerkannt, so dass sie schlechter entlohnt werden als die üblichen „Stagiaires“ beim Staat.

In Bezug auf die Einführung des mehr als fragwürdigen Bewertungssystems gab Heiliger zu verstehen, dass sich die CGFP auch mit der abgeschwächten Fassung schwertue: „So lange auch nur ein minimales Risiko für Willkür bleibt, hat ein derartiger Mechanismus in unseren Augen nichts im öffentlichen Dienst verloren.“ Im Gegensatz zur Privatwirtschaft sei der öffentliche Dienst nicht dazu da, den Gewinn zu maximieren, sondern um Dienstleistungen im Interesse der Bürger zu erbringen.

Die Umsetzung der neu geordneten Laufbahnen entspreche nicht den Vorstellungen der CGFP, hieß es weiter. In manchen Fällen sei das Anfangsgehalt beim Staat bis zu 100 Punkte niedriger



CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff: „Wir werden uns nicht mit Wischiwaschi-Antworten seitens der Politik zufrieden geben.“



CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger: „Die Politik kommt und geht, der öffentliche Dienst bleibt.“

als woanders. „Arbeitnehmer, die sich für den Staat entscheiden, dürfen bei der Vergütung nicht bestraft werden“, bekräftigte Heiliger, der zugleich den Sozialpädagogen bei ihren Aktionen die Unterstützung der CGFP, auch auf Mediationsebene, zusicherte.

Die Politik muss Farbe bekennen

Ferner übte der CGFP-Generalsekretär Kritik an manchen öffentlichen Einrichtungen, die unter dem Deckmantel der Autonomie nur vereinzelte Punkte aus dem Gehälterabkommen oder dem Reformvorhaben umsetzen würden. So weigere sich die Spuerkeess beispielsweise die automatische Beförderung sowie die vorteilhaften Bedingungen des M-Passes zu gewähren.

Am Ende seiner Rede rief Steve Heiliger die CGFP-Mitglieder dazu auf, sich für bevorstehende stürmische Zeiten bereitzuhalten. Dabei müsse man sich stets vor Augen führen, dass der öffentliche Dienst der Grundstein für einen funktionstüchtigen Staat sei: „Die Politik kommt und geht, der öffentliche Dienst bleibt!“

„Irgendwann reicht es und an diesem Punkt sind wir leider jetzt wieder angelangt“, mit diesen Worten begann CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff seine Ansprache. Zwei Jahre nach dem Inkrafttreten der Reform des öffentlichen Dienstes müsse schnellstens nachgebessert werden. Die diesbezüglichen Diskussionen dürfen nicht erst nach den Parlamentswahlen geführt werden. An alle politischen Parteien ging der Appell, sofort Farbe zu bekennen. „Wir werden uns nicht mit

Wischiwaschi-Antworten zufrieden geben“, warnte Wolff.

Zugleich erinnerte er an die einzelnen Sparmaßnahmen, die bereits durchgeführt wurden: die Abschaffung des „Trimestre de faveur“, der Konflikt um die Dienstwohnungen, die Kürzung des Kilometergeldes sowie die Prämienkürzungen (z.B. beim Geheimdienst). Die CGFP werde nicht zulassen, dass die Studie, die derzeit ausgearbeitet wird, von der künftigen Regierung missbraucht werde, um Prämien zu kürzen oder sogar völlig abzuschaffen. Für viele öffentlich Bedienstete würden die Prämien ein Großteil der Einkünfte ausmachen. Auch in Zeiten der Hochkonjunktur gehe es nicht darum, Geld aus dem Fenster zu werfen. Doch angesichts der wachsenden Einwohnerzahl sei ein gut funktionierender öffentlicher Dienst notwendig.

„Untragbare Zustände“

„Gerade jetzt brauchen wir Politiker, die den Menschen zuhören und sich für die Rechte der Arbeitnehmer – ob im Privatwirtschaft oder beim Staat bzw. den Gemeinden – einsetzen“, lautete die Botschaft. Die Schaffung neuer Infrastrukturen sowie einer größeren Steuergerechtigkeit seien unabdingbar.

Anschließend ging der Redner auf die massiven Einstellungsprobleme beim Staat ein, die „kuriose und untragbare Zustände“ nach sich ziehen würden. Im Bildungsbereich greife man auf pensionierte Lehrer zurück. Bei der Post müssten die Briefträger unter teilweise unmöglichen Bedingungen unangekündigte Doppelturneure bewerkstelligen.

Die Rekrutierungsprobleme beim Staat würden jedoch ganz sicher nicht durch eine weitere Öffnung des Staatsdienstes für Nicht-Luxemburger gelöst werden. Bereits jetzt sei hierzulande der Anteil der EU-Bürger im öffentlichen Dienst wesentlich höher als in den Nachbarländern. „Es ist schon erstaunlich, wie schnell das Ergebnis des Referendums in Politikerkreisen offensichtlich vergessen wurde“, stellte Wolff fest.

Ein knappes Jahr vor den Nationalwahlen sei die Politik immer noch nicht bereit, den Bürgern zuzuhören. Die CGFP stehe einer weiteren Öffnung des öffentlichen Dienstes weiterhin sehr kritisch gegenüber. Bereits zuvor hatte CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger in seiner Rede klargestellt, dass alle hoheitsrechtlichen Aufgaben von Luxemburgern erfüllt werden müssten. Diese Herangehensweise, die in anderen Ländern ähnlich sei, habe nichts mit Ausländerfeindlichkeit oder Fremdenhass zu tun.

Als sehr ungesund bezeichnete Romain Wolff zudem die Tatsache, dass offensichtlich ein deutlicher Unterschied zwischen den öffentlich Beschäftigten von heute und jenen von morgen gemacht werde. Es sei nicht hinnehmbar, dass die jetzigen Staatsbediensteten feststellen müssen, dass sie schlechter abschneiden als ihre künftigen Kollegen. Zudem verlaufe die Neugestaltung der Laufbahnen nicht zufriedenstellend.

Weitere gewerkschaftliche Schritte nicht ausgeschlossen

Diejenigen, die jahrzehntelang gekämpft hätten, um endlich zu ihrem Recht zu gelangen, würden bei der jetzigen Neuordnung der Karrieren nahezu leer ausgehen. Die im Zuge der Reformen des öffentlichen Dienstes entstandenen Härtefälle müssten schnellstens aus der Welt geschafft werden. Die Politik müsse sich zu einem gut funktionierenden Staatsapparat im Dienst der Demokratie bekennen.

Abschließend betonte Romain Wolff, dass die CGFP nicht mehr tatenlos zuschauen werde, wenn Beschäftigte aus der Privatwirtschaft gegen jene aus dem staatlichen und kommunalen Sektor ausgespielt werden: „Das ist inakzeptabel und bringt niemandem etwas!“ Die Politik dürfe sich nicht auf das Spiel von Arbeitgebervertretern einlassen, die die Höhe des Mindestlohnes anprangern und Stock-Optionen für ein Muss halten.

Die Patronatsvertreter würden nahezu jede Gelegenheit nutzen, um den öffentlichen Dienst an den Pranger zu stellen, beschwerte sich der CGFP-Nationalpräsident. Regelmäßig werde dem Staat vorgeworfen, wegen der angeblich hohen Gehälter einen unlauteren Wettbewerb am Arbeitsmarkt zu betreiben. Das Patronat verschweige jedoch, dass die Arbeitsbedingungen in manchen Privatbetrieben zu wünschen übriglassen. Menschen, die jahrelang für den Mindestlohn arbeiten müssen, ohne eine Gehaltserhöhung zu bekommen, könne man nicht übelnehmen, wenn sie sich für eine Stelle beim Staat bewerben.

Sollte die künftige Regierung den legitimen Forderungen der CGFP nicht Rechnung tragen, sehe sich die Berufsorganisation aller öffentlich Bediensteten zu weiteren gewerkschaftlichen Schritten veranlasst, die über den Rahmen einer Protestveranstaltung hinausgingen, so Wolff, unter dem tobenden Applaus der zahlreich anwesenden Gewerkschaftsmitglieder.

Max Lemmer

Fotos: Christof Weber



Akademische Feier zum 50-jährigen Bestehen der CGFP

„Meilensteine der Gewerkschaftsgeschichte“

Ausführliche Retrospektive des CGFP-Ehrengeneralsekretärs Joseph Daleiden

In Anwesenheit von Großherzog Henri feierte die „Confédération Générale de la Fonction Publique“ am 9. November 2017 im hauptstädtischen Cercle Cité ihr 50-jähriges Bestehen. Dabei oblag es CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff, die rund 300 geladenen Ehrengäste herzlich willkommen zu heißen, unter ihnen Parlamentspräsident Mars Di Bartolomeo, Premierminister Xavier Bettel, Dan Kersch, Minister des öffentlichen Dienstes, weitere Regierungsmitglieder, sowie Ehrenstaatsminister Jacques Santer und Lydie Polfer, Bürgermeisterin der Stadt Luxemburg.

Auch mehrere ehemalige Minister des öffentlichen Dienstes, zahlreiche Abgeordnete, sowie wichtige Vertreter der Justiz, der Ministerien, der staatlichen Institutionen und Verwaltungen wohnten der Feier bei. Ebenfalls begrüßen konnte Romain Wolff den CGFP-Ehrenpräsidenten Emile Haag und den Ehrengeneralsekretär Joseph Daleiden, Hauptredner bei der Jubiläumsfeier, der vor 50 Jahren an der Wiege der CGFP stand. Zudem nahmen zahlreiche Vertreter aus der in- und ausländischen Gewerkschaftsszene an dem Jubiläum teil.

Gerade in Zeiten wie diesen werde ein gut funktionierender Staat gebraucht, betonte Romain Wolff in seiner Begrüßungsansprache. Leider seien die öffentlich Bediensteten, die oft in direktem Kontakt mit den Bürgern stünden, so manchen Vorurteilen ausgesetzt. Die fortschreitende Digitalisierung hinterlasse auch im öffentlichen Dienst ihre Spuren. In den vergangenen Jahren hätten die staatlichen Mitarbeiter jedoch die Herausforderungen ihres veränderten Arbeitsumfeldes mit Erfolg gemeistert.

In seiner Rede würdigte der CGFP-Nationalpräsident auch den unermüdlichen Einsatz all jener Menschen, die sich während eines halben Jahrhunderts auf gewerkschaftlicher Ebene für die Rechte der Staatsbediensteten eingesetzt haben. Engagierte Gewerkschafter würden mehr denn je gebraucht werden, so Wolff: „Bei all dem, was uns in naher Zukunft noch bevorsteht, gehe ich davon aus, dass eine starke und von allen politischen Parteien unabhängige Gewerkschaft wie die CGFP, gebraucht wird, eine CGFP, die nicht jeder mag, die jedoch respektiert wird.“

Die CGFP, ein verlässlicher Partner

In all den Jahren habe sich die CGFP bei ihrem Kampf gegen Sozialabbau sowie bei ihrem Engagement für einen gut funktionierenden öffentlichen Dienst im Interesse aller Bürger als verlässlicher Partner ausgezeichnet, dem Solidarität ein wichtiges Anliegen sei. Auch wenn in den nächsten Wochen noch so manches auf Gewerkschaftsniveau thematisiert werden müsse, wolle er sich an diesem Abend ausschließlich den Feierlichkeiten widmen, betonte Romain Wolff, der in seiner Rede deshalb bewusst auf gewerkschaftliche Forderungen verzichtete.

Nach den einleitenden Begrüßungsworten von Romain Wolff blickte Joseph Daleiden, langjähriger ehemaliger CGFP-Generalsekretär und derzeitiger Ehrengeneralsekretär, in seiner ausführlichen Retrospektive auf die Entstehungsgeschichte der Gewerkschaft zurück. Dabei erläuterte er das Konzept, die Struktur, die Ausrichtung sowie diverse Erfolge der damals wie heute fest im Luxemburger Sozialmilieu verankerten Berufsorganisation. Vor 50 Jahren löste die heutige CGFP den 1909 gegründeten Allgemeinen Staatsbeamtenverband ab, an den schon 2009 anlässlich der 100-Jahr-Feier der Gewerkschaftsbewegung erinnert worden war.



Die Gewerkschaftsbewegung im öffentlichen Dienst könne demnach auf eine relativ lange Vergangenheit zurückblicken, in der es viele Höhen, aber auch einige Tiefen gegeben habe, betonte Joseph Daleiden. Dabei sei es ihr jedoch stets gelungen, die richtigen Mittel und Wege zu finden, um den Fortbestand der Bewegung zu sichern, so auch im Jahr 1967: Nach der grundsätzlichen Besoldungsreform von 1963 durch den damaligen Staatsminister Pierre Werner, hätten interne Probleme zu einer Lähmung der gewerkschaftlichen Aktivitäten geführt.

Auch die Berufskammer der öffentlich Bediensteten, die 1964 mit 40-jähriger Verspätung und nach jahrelanger Diskriminierung geschaffen wurde, habe damals nicht dazu beitragen können, die gewerkschaftliche Lage zu klären. Die internen Spannungen, die dadurch hervorgerufen worden seien, hätten anderen Gewerkschaften aus dem öffentlichen und nicht öffentlichen Dienst Anlass zu Spekulationen über die Zukunft der Allgemeinen Staatsbeamtenorganisation gegeben. Um diesen Zerfall zu verhindern, habe man schnell reagieren müssen.

Mehr als 60 Fachverbände

Dem ersten Minister des öffentlichen Dienstes, Pierre Grégoire, sei die drohende Zersplitterung der Gewerkschaftsszene ein Dorn im Auge gewesen. Deshalb habe dieser damals die Initiative ergriffen und zu einer außergewöhnlichen Sitzung in die Maison Casal am 22. Juni 1966 die Vertreter aller Berufsverbände aus dem Staatsdienst eingeladen. Auf seine unverblühte Art habe der zuständige Ressortchef allen Teilnehmern klargemacht, dass er künftig nur noch einen einzigen Gesprächspartner empfangen werde. Die Gewerkschafter seien anschließend dazu aufgerufen worden, in diesem Sinne ihre Verantwortung zu übernehmen.

Nach mehreren gescheiterten Versuchen habe Grégoires Aufforderung die neu gegründete Gewerkschaft der Sicherheitskräfte (heute: Syndicat Professionnel de la Force Publique) dazu ermutigt, sämtlichen Berufsorganisationen aus dem Staatsdienst den ausgefeilten Entwurf einer neuen Dachorganisation, der Confédération Générale de la Fonction Publique, zu unterbreiten. Dabei sei das Vorhaben spontan auf die Zustimmung drei anderer größeren

Verbände gestoßen: die Association des Instituteurs Réunis (das heutige Syndicat National des Enseignants SNE), die Entente des Cadres (die jetzige Association Générale des Cadres) und die Association Professionnelle de la Fonction Publique.

Am 2. März 1967 unterzeichneten schließlich die Vertreter der vier Verbände das Gründungsprotokoll. „Dies war das Startsignal für die heute 50-jährige CGFP“, fuhr Joseph Daleiden in seiner Rede fort. In einem Elan der Solidarität hätten sich im Laufe der Zeit nahezu alle sektoriellen Berufsverbände dieser neuen Struktur angeschlossen, die durch ihren Erfolg eine große Aktivität entwickelt habe. Seit den 80er-Jahren vereinige die CGFP mehr als 60 sektorielles Fachverbände, die zur Verteidigung ihrer spezifischen Anliegen eine volle Autonomie genießen. Die Verteidigung der allgemeinen Interessen sei hingegen der Dachorganisation übertragen worden.

Die Dynamik, die Solidarität und die Aktionen der neuen Organisation hätten von Beginn an zu bemerkenswerten Ergebnissen geführt, erinnerte sich Joseph Daleiden: „Die politische Führung war von einem Tag auf den anderen mit einem kompetenten, zähen, aber fairen Partner konfrontiert.“ Im Zuge der Regierungskrise im Jahr 1968/69, die zur Bildung einer neuen Mehrheit geführt hatte, und infolge einer ersten spektakulären CGFP-Protestveranstaltung, sei es schnell zu Gesprächen mit der damaligen Regierung gekommen. Diese seien in eine Art Verhandlungen gemündet und hätten schließlich substantielle Verbesserungen im Interesse des öffentlichen Personals nach sich gezogen.

CGFP sichert Attraktivität des Staatsdienstes

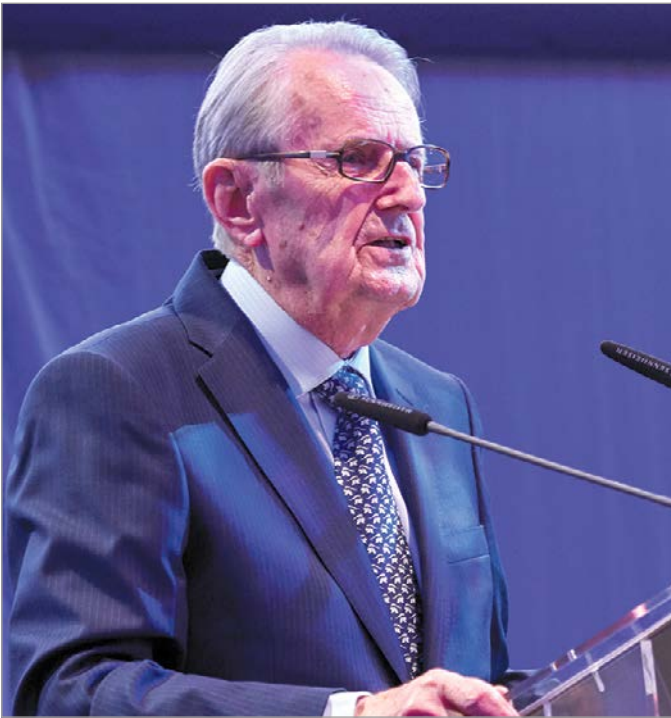
Zudem sei erreicht worden, dass das Instrument des Gehälterindex, das 1963 seinen Niederschlag in der damaligen Basisreform fand, erstmals angewendet wurde. Die DP-LSAP-Regierung, die 1974 das Ruder übernahm, habe diese Verfahrensweise fortgesetzt:



Großherzog Henri wird bei seiner Ankunft im Cercle Cité von CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff empfangen. Unter den zahlreichen Ehrengästen weilte auch der Erste Bürger des Landes, Mars Di Bartolomeo (links).



CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff: „Bei allem was uns noch bevorsteht, gehe ich davon aus, dass eine starke und politisch unabhängige Gewerkschaft wie die CGFP mehr denn je gebraucht wird.“



CGFP-Begründer und Ehrengeneralsekretär Joseph Daleiden: „Die innerberufliche Geschlossenheit der angegliederten Berufsverbände trägt wesentlich zur Stärke und Effizienz der CGFP bei.“

In der Amtszeit des damaligen Ministers des öffentlichen Dienstes, Emile Krieps, sei es ebenfalls zu Verhandlungen mit abschließender Unterzeichnung einer Vereinbarung zwischen den Parteien gekommen. Diese Innovation sei in den darauffolgenden Jahren ein fester Bestandteil im Dialog zwischen den Regierungen und der CGFP geworden.

In der Regel hätten sich die nachfolgenden Regierungen an jede Abmachung gehalten, mit Ausnahme der CSV-LSAP Regierung in den Jahren 1995 bis 1999. Doch das sei eine andere Geschichte, bemerkte Joseph Daleiden. Durch ihren unermüdlichen Einsatz sei es der CGFP gelungen, den öffentlichen Dienst an der allgemeinen Einkommensentwicklung und an der sozialen Besserstellung teilhaben zu lassen, wodurch auch die Attraktivität des Staatsdienstes gesichert worden sei.

Mittels der Reformgesetze der Jahre 1979 und 1983 sei das neue fortschrittliche Statut über die Rechte und Pflichten der Beamten, mit tatkräftiger Unterstützung der Minister Emile Krieps und Boy Kohnen, eingeführt worden. Die damit eingeleitete Abschaffung der veralteten Bestimmungen aus den Jahren 1815 und 1883 wertete CGFP-Ehrengeneralsekretär Joseph Daleiden als „einen Meilenstein“ in der Gewerkschaftsgeschichte.

Zahlreiche bemerkenswerte Neuerungen

Im Zusammenhang mit dem staatlichen Dienstrecht seien wesentliche und zeitgemäße Verbesserungen erreicht worden, sowohl auf dem Gebiet der Disziplinarordnung, wie auch durch die Einführung des Beschwerderechts in den Prozeduren, fuhr Joseph Daleiden fort. Eine weitere bedeutende Innovation sei die gesetzliche Bestätigung der sogenannten staatlichen Fürsorgepflicht gewesen.

Auf Initiative der CGFP habe es außerdem auf verwaltungs- und berufsor-

ganisatorischer Ebene bemerkenswerte Neuerungen gegeben. Dazu gehörten u.a. die Schaffung der staatlichen Verwaltungsschule, die Schaffung der Personalverwaltung, die Einrichtung der Luxemburger Niederlassung des europäischen Verwaltungsinstitutes, die Gründung der Sicherheits- und Gesundheitsdienste für Staatsverwaltungen und deren Personal, die Zuerkennung des Streikrechts mit Schlichtung und der sogenannten „Mediation“, die Reform des Statuts der Staatsangestellten sowie die Vereinheitlichung der Disziplinarprozedur durch die Schaffung einer spezifischen Instanz. Die sogenannte „Procédure Administrative Non-Contentieuse“ (PANC), die die CGFP mit dem damaligen Justizminister Robert Krieps gewährleisten konnte, habe der prozeduralen Unsicherheit und der Diskriminierung ein Ende gesetzt.

Laut Daleiden werde die Repräsentativität einer Organisation in der Regel durch ihre Wahlergebnisse festgelegt. Bei den Sozialwahlen für die Krankenkasse habe die CGFP 1968 kurz nach ihrer Gründung die Mehrheit erreicht, rief Joseph Daleiden den Gästen in Erinnerung. Bei den Berufskammerwahlen 1970 habe die Berufsorganisation sogar die absolute Mehrheit geschafft. Seitdem werde die CGFP immer wieder mit mehr als 90 Prozent Zustimmung gestärkt und kann sich somit fast alle verfügbaren Sitze sichern. Dieser überzeugende und einzigartige Vertrauensbeweis legitimiere die exklusive Repräsentativität der CGFP.

Da sich die CGFP als einzige allumfassende Berufsorganisation im öffentlichen Dienst verstehe und zudem als eine der drei national repräsentativen Gewerkschaften gelte, sei sie konsequenterweise auch der einzige allgemeine Verhandlungspartner des staatlichen Arbeitgebers für den authentischen Staatsdienst, unterstrich Joseph Daleiden. Demgemäß vertrete die CGFP den öffentlichen Dienst in allen

nationalen Gremien, in denen Dialog und Partnerschaft gefordert seien, u.a. in der Tripartite, im Wirtschafts- und Sozialrat, wo die CGFP bereits zwei Mal den Präsidenten und den Vizepräsidenten in der Person von Paul Lauterbour und Raymond Hencks gestellt habe. Gleiches treffe auf die vielen anderen Beratungsorgane zu, in denen die nationalen Berufsorganisationen vertreten sind.

Joseph Daleiden, der 38 Jahre lang als CGFP-Generalsekretär die Geschicke der Gewerkschaft geleitet hat, würdigte all jene, die in der Vergangenheit mit Leib und Seele zum Erfolg der CGFP beigetragen haben: „Viele von ihnen können heute nicht mit uns den 50. Jahrestag begehen, doch wir werden ihr Andenken in Ehren halten.“ Anschließend dankte der Redner den inzwischen verstorbenen Kollegen und Freunden Félix Haas, Fernand Masson, Henri Frising und dem ersten Direktor der Berufskammer der öffentlich Bediensteten, Roger Nicolay. Die harmonisch aufeinanderfolgenden Ablösungen der Posten seien immer der Beleg für das exemplarische Vertrauensverhältnis innerhalb der Organisation gewesen.

Ein Team, auf das immer Verlass ist

1987 habe Emile Haag für 30 Jahre die Präsidentschaft angetreten und durch sein stetiges Engagement maßgeblich zum Prestige der CGFP beigetragen. Gleiches gelte für den langjährigen Ersten Vizepräsidenten Pierre Trausch. Im Jahr 2005 sei Romain Wolff nach einer fünfjährigen Amtszeit als Vizepräsident zum Generalsekretär berufen worden. Zu Jahresbeginn habe Romain Wolff die CGFP-Präsidentschaft übernommen. Zur Seite stehe ihm Generalsekretär Steve Heiliger. Das Exekutivbüro, dem zudem auch die beiden Vizepräsidenten Claude Heiser und Gilbert Goergen sowie Finanzverwalter Patrick Remakel angehören, würden ein gutes Team bilden, auf das immer Verlass sei.

Die große innerberufliche Geschlossenheit der angegliederten Berufsverbände und deren Mitglieder, trage wesentlich zur Stärke und Effizienz der CGFP bei. Die Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten habe mit bescheidenen Finanzmitteln und einer sparsamen Verwaltungsführung begonnen. Infolge der allgemein geschätzten Gewerkschaftsaktionen und erzielten Erfolge sei der Mitgliederstand seit dem Gründungsjahr 1967 von 4.300 auf derzeit 30.000 gestiegen, was natürlich zum Teil auf den wachsenden Personalbestand zurückzuführen sei.

Im Jahr 2000 habe das CGFP-Syndicat seine Zentrale in Bonneweg bezogen und sich 2013 in einem passenden und repräsentativen Verwaltungssitz in Luxemburg-Merl niedergelassen, bilanzierte Joseph Daleiden. Mittlerweile verfüge die Gewerkschaft über zehn qualifizierte Mitarbeiter, die den Mitgliedern mit Rat und Tat zur Seite stünden. Von Beginn an seien die Beziehungen mit den Mitgliedern, sowie die Öffentlichkeitsarbeit im Allgemeinen, ein wichtiges Anliegen der CGFP-Exekutive gewesen. Der Orator verwies auf die erste Ausgabe der CGFP-Gewerkschaftszeitung „fonction publique“ im Oktober 1969, die sich seitdem als die Stimme der CGFP zu einem erstrangigen Berufspresseorgan entwickelt habe und auf große Aufmerksamkeit stoße. Alle ehemaligen und heutigen Mitarbeiter sowie der für die Öffentlichkeitsarbeit verantwortliche Steve Heiliger würden deshalb jede Anerkennung verdienen.

Parteilpolitische Unabhängigkeit

„Die CGFP legt großen Wert auf ihre parteipolitische Unabhängigkeit“, bekräftigte der CGFP-Ehrengeneralsekretär. Den Mitgliedern der Führungsorgane sei die Unvereinbarkeit von politischen und gleichzeitigen gewerkschaftlichen

Fortsetzung siehe Seite 8



CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff (2. von links), Erster Vizepräsident Claude Heiser (Mitte) und Generalsekretär Steve Heiliger (rechts) begrüßen Staatsminister Xavier Bettel (links)....



...und Dan Kersch, Minister des öffentlichen Dienstes. Beide Regierungsmitglieder hielten jeweils eine kurze Ansprache.

Fortsetzung von Seite 7

Ämtern auferlegt worden. Auf Exekutiv-Ebene sei die Zugehörigkeit zu politischen Parteien untersagt. Die CGFP sei der Auffassung, dass die Verflechtungen von Gewerkschaften und Parteien, sowie die Häufung von politischen Ämtern mit zentralgewerkschaftlichem Auftrag, unvereinbar sind und das politische sowie soziale Gleichgewicht in Frage stellen. Somit sei die CGFP ein unbefangener Ansprechpartner für all diejenigen, die mit ihr korrekte und vertrauensvolle Beziehungen unterhalten.

In organisatorischer Hinsicht sei die Einheit des öffentlichen Dienstes eines der zentralen Anliegen der CGFP, da sie die Voraussetzung für Fortschritt und für kontinuierliche soziale Verbesserungen sei, bemerkte Joseph Daleiden. Diese Auffassung werde weitgehend im öffentlichen Dienst geteilt. Die Zusammengehörigkeit und die Treue des gesamten Sektors, der sich in der CGFP widerspiegeln - unabhängig von den politischen Ansichten jedes Einzelnen - seien der Beleg dafür.

Beeindruckende gewerkschaftliche Erfolge

Binnen kurzer Zeit habe es die CGFP geschafft, eine der anerkannten nationalen repräsentativen Berufsorganisationen in Luxemburg zu werden, die zudem auch noch über die Rechtspersönlichkeit verfüge. Durch ihren Einsatz und ihr Verhandlungsgeschick könne die CGFP seit der Neugründung im Jahr 1967 auf eine eindrucksvolle Serie gewerkschaftlicher Erfolge hinweisen, die es dem öffentlichen Dienst ermöglicht hätten, seine berufliche, moralische und materielle Lage zu verbessern und mit der allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Schritt zu halten.

In dem Zusammenhang hob der CGFP-Begründer hervor, dass es 1968 mit der Einführung des passiven Wahlrechts für Staatsbeamte gelungen sei, eine große Diskriminierung zu beenden. Den politischen Parteien sei es dadurch ermöglicht worden, auf kompetente, gut ausgebildete, hochqualifizierte und erfahrene Kandidaten und Vertreter aus den Reihen des öffentlichen Dienstes zurückzugreifen.

Die Beziehungen mit den Regierungen seien in der Regel offen und vertrauensvoll gewesen, stellte Joseph Daleiden fest. Dennoch seien ab und zu Probleme aufgetaucht. In solchen Fällen habe der Schlichter bzw. der „Médiateur“ eingeschaltet werden müssen. Des Öfteren habe die CGFP zu Protestveranstaltungen aufrufen müssen. Zwei Mal habe sie sogar von ihrem Streikrecht Gebrauch machen müssen, nicht etwa um Verbesserungen durchzusetzen, sondern um sich gegen einen gravierenden Sozialabbau zu wehren.

Zuletzt sei dies 1998 der Fall gewesen, als der öffentliche Dienst, unter Verstoß gegen die Verfassung, vom Anspruch auf die Zusatzpension ausgeschlossen wurde. Auch bei der ominösen Rentenreform seien in Bezug auf die sogenannten „droits en formation“ grundlegende Rechtsnormen nicht eingehalten worden. „Das zuständige Gericht hat damals bestätigt, dass uns Unrecht getan wurde! Mit der Zeit heilen bekanntlich die Wunden, und das ist auch gut so“, betonte Joseph Daleiden, der darauf verzichtete, das Thema weiter zu vertiefen.

Widerstand gegen Einheitsgewerkschaft

Anschließend ging der Redner auf die Beziehungen der CGFP auf nationaler und internationaler Ebene ein. Gemäß einer langjährigen Tradition unterhalte die CGFP hierzulande enge Kontakte mit der FGFC, der Gewerkschaft des Gemeindepersonals, die über einen spezifischen Kooperationsvertrag formalisiert wurden. Beide Organisationen würden weitgehend praktisch dieselben Interessen vertreten.

Auf europäischer Ebene sei die CGFP in den 60-er Jahren ein Gründungsmitglied der Confédération Internationale



CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff, Erster Vizepräsident Claude Heiser und Generalsekretär Steve Heilliger (v.l.n.r.) sehen der Jubiläumsfeier in freudiger Erwartung entgegen.

des Fonctionnaires (CIF) mit Sitz in Luxemburg gewesen und habe in der Person von Pierre Camy den Generalsekretär gestellt. Zu einem späteren Zeitpunkt habe die neugegründete Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI) die CIF abgelöst. In der Vergangenheit habe die CGFP in der Person von Pierre Trausch den CESI-Vizepräsidenten gestellt. Seit Dezember 2012 bekleidet CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff das Amt des CESI-Vorsitzenden.

Die CESI, die auf Betreiben des ehemaligen EU-Kommissionspräsidenten Jacques Santer von der Brüsseler Exekutive als Sozialpartnerin anerkannt wurde, sei überparteilich und entfalte eine dynamische, sozialfortschrittliche Aktivität, die auch auf EU-Ebene geschätzt werde, ergänzte Joseph Daleiden. Seit ihrer Gründung poche die CGFP mit Entschlossenheit auf ihre gewerkschaftliche Unabhängigkeit. Aus diesem Grund habe sie 1979 nicht an den Gesprächen über die Schaffung einer sektorübergreifenden sogenannten Einheitsgewerkschaft teilgenommen.

„Wir haben immer wieder klargemacht, dass dieses Konzept für uns nicht in Frage kommt, da ein derartiges Konstrukt sowohl mit unseren Grundsätzen als auch mit dem Auftrag und der Ausrichtung des öffentlichen Dienstes unvereinbar ist“, so Joseph Daleiden wörtlich. Die Vergangenheit habe jedoch gezeigt, dass diese prinzipielle Einstellung die CGFP nicht daran hindere, sich bei gemeinsamen Aktionen der gesamten Arbeitnehmerschaft zur Verteidigung allgemeiner Interessen solidarisch zu zeigen. Die Voraussetzung dafür sei, dass man sich auf die Einzelheiten und auf die Ziele einigen könne und die Überparteilichkeit der CGFP gewahrt bleibe.

Finger weg vom öffentlich-rechtlichen Statut

Die CGFP habe immer wieder kategorisch und kompromisslos am öffentlich-rechtlichen Statut festgehalten.

ten. Sie habe all denen, die Hand an das bewerte statutarische Dienstrecht legen wollten, klargemacht, dass ein derartiger Verstoß für die CGFP der „Casus Belli“ (z.Dt. der Kriegsgrund) schlechthin darstelle, sagte Joseph Daleiden in seiner leidenschaftlichen Rede. Das öffentlich-rechtliche Statut gewährleiste die Unabhängigkeit, die Neutralität und die Unparteilichkeit eines geordneten, wirksamen und funktionsfähigen Rechtsstaates.

„Das Statut der Staatsbeamten ist zeitlos, wenn auch anpassungsfähig, aber dennoch unantastbar und unveränderlich, also in seinen Prinzipien und Zwecken nicht vergleichbar mit einem privatrechtlichen vertraglichen Arbeitsverhältnis“, unterstrich Joseph Daleiden mit Nachdruck. Das Beamtenstatut sei demnach ein ausgewogenes System von Einschränkungen und Pflichten, die ihre Gegenleistung in Garantien und Rechten finden, um somit eine parteipolitische Willkür und Günstlingswirtschaft auszuschließen. So dürfe sich Luxemburg darüber freuen, über einen leistungsfähigen, transparenten, integren und bürger-nahen öffentlichen Dienst zu verfügen, was ein entscheidender wirtschaftlicher Vorteil sei.

Die Hauptanliegen der CGFP seien heute noch dieselben wie in den Gründungsjahren, stellte Joseph Daleiden klar: die Absicherung der Arbeitsplätze, der Kampf gegen die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, der Erhalt und die Weiterentwicklung des statutarischen Dienstrechts, das Schritthalten mit der allgemeinen Lohn- und Einkommensentwicklung, die soziale Absicherung im Fall von Krankheit, Unfall und Alter, die Erhaltung der Kaufkraft sowie die Verteidigung der sozialen Errungenschaften. Alles in Allem die Sicherstellung des sozialen Fortschritts.

Das CGFP-Aktionsprogramm, das alle Bereiche der allgemeinen Politik und der Gesellschaft abdeckt, sei der Beweis dafür, dass sich die Gewerkschaft der Staatsbediensteten auch für das interessiere, was außerhalb des öf-

fentlichen Dienstes geschehe. Immer wenn Solidarität gefragt sei, hätten die öffentliche Funktion und deren Mitglieder ihren Beitrag geleistet. Daran werde sich auch künftig nichts ändern, falls die wirtschaftliche und soziale Lage dies erfordern würden.

Reichhaltiges Angebot an Dienstleistungen

Die CGFP lege nach wie vor viel Wert darauf, ihren Mitgliedern auch Dienstleistungen sozialer und wirtschaftlicher Art anzubieten, wie etwa das von staatlicher Seite steuerlich unterstützte BHW-Bausparen, das die CGFP nach Luxemburg geholt habe. All diese Aktivitäten hätten dazu geführt, dass im Jahr 1986 aus grundsätzlichen, sachlichen und rechtlichen Gründen Klarheit geschaffen werden musste: So seien sämtliche soziale und wirtschaftliche Leistungen im Dienstleistungsbereich in einer separaten Struktur unter dem Siegel von CGFP-Services zusammengeführt worden. Dies gelte auch für das Hilfswerk Fondation CGFP de Secours, das mittels Spenden der CGFP-Mitglieder karitative Werke unterstütze und zudem bei Naturkatastrophen im In- und Ausland ihren Beitrag leiste. Ohne viel Aufhebens lege die Belegschaft des öffentlichen Dienstes somit ihre Großzügigkeit und ihre Hilfsbereitschaft an den Tag.

Joseph Daleiden sprach allen Spendern und Mitarbeitern seinen Dank aus, die sich unter der Leitung von Georges Muller, Geschäftsführer von CGFP-Services, einem guten Zweck widmen. Aufgrund einer Empfehlung des ehemaligen Kooperationsministers Charles Goerens sei am 2. März 2004 die „Oeuvre CGFP d'aide au développement“ ins Leben gerufen worden, die in Übersee, insbesondere im Togo, aber auch in Bolivien tätig ist. Diese Aktion werde durch Spenden der CGFP-Mitglieder sowie mit Hilfe des Staates und der Stadt Luxemburg finanziert. Seinen Dank gelte der hauptstädtischen Bürgermeisterin Lydie Polfer sowie den Ministern Jean Asselborn und Romain Schneider für deren Unterstützung.

Im Rahmen der Entwicklungshilfe würden die CGFP-Kooperationsagenten auf dem Gebiet der Gesundheitsversorgung, der Trinkwasserbeschaffung, der landwirtschaftlichen Ausbildung und Agrarproduktion sowie der Kinderbetreuung, wertvolle Arbeit leisten und zudem Mikrokredite bereitstellen, betonte Joseph Daleiden, der dem Verwalter der Stiftung, Paul Zimmer, Wirtschafts- und Finanzexperte von CGFP-Services, und dessen Mitarbeitern für ihren engagierten Einsatz dankte.

Nach ihrer Gründung habe die CGFP ein ausgedehntes Aktionsprogramm ausgearbeitet, das sich nicht nur auf die Berufsprobleme fokussiere, sondern sich mit dem gesamten Spektrum der nationalen Politik beschäftige. Die CGFP festige damit ihr allgemeines Interesse am in- und ausländischen Geschehen. „So wie sie von ihren Gründern konzipiert wurde, soll die CGFP



nicht nur eine Struktur sein, die sich ausschließlich auf den sozialen Fortschritt und die Besserstellung ihrer Mitglieder konzentriert. Sie soll auch als gesellschaftliche Kraft Interesse zeigen für den Staat, dessen Vergangenheit, seine derzeitige Lage, seine künftige Entwicklung und das Wohlbefinden der Bevölkerung“, hieß es weiter.

Das Initiativrecht der Berufskammern stärken

Dieses allgemeine Anliegen habe die CGFP dazu geführt, im Laufe der Zeit Stellung zu nationalen Themen zu beziehen. Die Gesetzesvorschläge, die die Berufskammer der öffentlich Bediensteten einreiche, würden in der Regel leider folgenlos bleiben, (außer, wenn Abgeordnete, die den Staatsbediensteten gut gesinnt seien, ab und zu einen derartigen Entwurf übernehmen). Joseph Daleiden sprach sich deshalb auf diesem Gebiet für prozedurale Verbesserungen aus, die es ermöglichen sollen, das Parlament ähnlich wie beim Petitionsrecht direkt zu befragen, damit das Initiativrecht der Berufskammern mehr Sinn ergebe.

Die CGFP zeige großes Interesse an der Eigenstaatlichkeit, den staatlichen Institutionen und der europäischen Entwicklung, beteuerte der CGFP-Begründer. Diese Belange hätten deshalb auch im CGFP-Aktionsprogramm ihren Niederschlag gefunden. All das ergebe sich aus der speziellen Beziehung des Staatspersonals und der CGFP-Mitglieder aufgrund ihres öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisses, dem Statut und ihrer privilegierten Beziehung zum Staat und dem Heimatland, denen sie sich verpflichtet haben, zu dienen.

Daher sei es verständlich, dass sich die CGFP, zusammen mit vielen anderen Luxemburgern, Gedanken über die Weiterentwicklung des Landes mache, bedingt durch den außerordentlichen

wirtschaftlichen Aufschwung und die gesellschaftliche Entwicklung.

„Damals wie heute verdienen die politischen Verantwortlichen dafür Anerkennung, die ökonomischen Voraussetzungen geschaffen zu haben, die den allgemeinen Wohlstand, den sozialen Frieden und den Fortschritt ermöglichen“, fügte Joseph Daleiden hinzu. Das von der Regierung propagierte „Nation Branding“ bekräftige den Willen, Luxemburg weltweit positiv darzustellen und bekanntzumachen, um somit großes Interesse am Land zu wecken. Dabei dürfe all jenen Werten, die Ausdruck unserer nationalen Identität sind, die Bedeutung beigemessen werden, die sie verdienen. Im Interesse des nationalen Zusammenhalts sei es wichtig, dass Luxemburg seinen eigenen Charakter behalte.

Für die CGFP sei die Verbundenheit mit dem Land und die Liebe zur Heimat gewissermaßen der Ausdruck einer Schicksalsgemeinschaft, in der man zusammen das Wohl und das Leid teile, betonte der Redner: „Dazu gehört nicht zuletzt unsere Dynastie, die hier und in der Fremde der markante Ausdruck und das Symbol eines freien Luxemburgs ist.“ Was die Einstellung der CGFP zur europäischen Entwicklung betreffe, solle kein Zweifel bestehen, dass sie sich zu einem vereinten Europa bekenne. Dies werde dem allgemein anerkannten Subsidiaritätsprinzip gerecht, so wie die luxemburgische Diplomatie es auch mit großer Überzeugungskraft und Geschick in Europa und in der Welt vertrete.

Keine Alternative zu einem vereinten Europa

Seit Jahrzehnten herrsche auf unserem Kontinent Frieden, Freiheit, Wohlstand, fuhr Joseph Daleiden fort. Das vereinte Europa, zu dem es keine Alternative gebe, habe große Verdienste



Großherzog Henri im Gespräch mit CGFP-Ehrengeneralsekretär Joseph Daleiden und Madame Daleiden.

aufzuweisen. Im Gegenzug solle dies keineswegs verhindern, dass die Mitgliedsstaaten weitgehend ihre Autonomie und ihre Kompetenzen behalten, die ihnen weiterhin ihre Staatsfähigkeit und Souveränität gewährleisten.

„Die Tatsache, dass wir ein Nationalstaat, umso mehr ein Großherzogtum sind, macht einem all die Rechte und Gestaltungsmöglichkeiten bewusst, die unsere politischen Verantwortlichen mit Spitzfindigkeit im Interesse des Landes und seiner Bürger zu nutzen wissen“, so Joseph Daleiden. Für all das stehe die CGFP seit 50 Jahren - und mit ihr der öffentliche Dienst. „Ich gehe davon aus, dass dies auch in Zukunft der Fall sein wird“, unterstrich der langjährige ehemalige CGFP-Generalsekretär.

Zum Schluss seiner Ausführungen bedankte sich Joseph Daleiden bei Großherzog Henri: „Es ist mir ein Anliegen und eine Ehre zugleich, Großherzog Henri unsere Sympathie und unseren Respekt zu bekunden, und gleichzeitig Danke zu sagen für seine Präsenz an diesem Abend, für das Interesse, das er dem öffentlichen Dienst entgegenbringt und darüber hinaus für sein Engagement für das Land und seine Bürger.“

Nach Joseph Daleidens detailliertem Exkurs in die Vergangenheit ging Staatsminister Xavier Bettel auf die manchmal recht schwierigen Beziehungen zwischen dem staatlichen Arbeitgeber und der Gewerkschaft ein. Trotz einzelner Meinungsverschiedenheiten hätten beide Seiten jedoch bei der Zukunftsgestaltung des Landes

immer an einem Strang gezogen. Die Digitalisierung werde die Arbeitsweise auch in den staatlichen Verwaltungen verändern und neue Arbeitsplätze schaffen. „Der Dialog ist der beste Weg, um gemeinsame Lösungen zu suchen und zu finden“, so Bettel, der zugleich der CGFP viel Mut und eine glückliche Hand für die kommenden Jahre wünschte.

„Die CGFP ist ein guter und verlässlicher Partner“

Der Minister für den öffentlichen Dienst, Dan Kersch, bezeichnete die CGFP in seiner kurzen Ansprache als einen „guten und verlässlichen“ Partner, der zweifelsohne politisches Gewicht in Luxemburg genieße und auch nicht zögere, davon Gebrauch zu machen, wenn er es für angebracht halte. Bei der Ankündigung ihrer jüngsten Protestveranstaltung habe sich die CGFP nicht nur an die Regierung, sondern an die gesamte Politik gerichtet, so Kersch: „Das ist ein Akt politischer Fairness!“ Gleichzeitig räumte der Minister ein, dass im öffentlichen Dienst noch einige Punkte nachgebessert werden müssten, getreu dem Motto „nach dem Spiel ist vor dem Spiel“.

Neben den feierlichen Ansprachen bot das „Quintette à vent“ der Militärmusik ein gediegenes, den Feierlichkeiten angemessenes, musikalisches Rahmenprogramm. Der Galaabend wurde mit einem Empfang zu Ehren der vielen Ehrengäste abgerundet.

Max Lemmer



Premierminister Xavier Bettel: „Der Dialog ist der beste Weg, um gemeinsame Lösungen zu finden.“



Beamtenminister Dan Kersch: „Die CGFP ist ein guter und verlässlicher Partner.“



Neben Großherzog Henri und Parlamentspräsident Mars Di Bartolomeo nahmen u.a. auch zahlreiche Minister und Abgeordnete an der Feier teil.



Großherzog Henri führte einen regen Austausch mit CESI-Generalsekretär Klaus Heeger (links) sowie mit den CGFP-Verantwortlichen Romain Wolff und Steve Heiliger.

50-Jahr-Feier der CGFP

Ein Empfang zu Ehren der Gäste



Fotos: Christof Weber





Eine Frage, die Sie sich stellen sollten:

Was wäre der öffentliche Dienst ohne CGFP?

Ein Nebeneinander von Einzelgruppierungen, ohne Kraft, ohne Gewicht, ausgeliefert, verschaukelt...

Die Probleme des öffentlichen Dienstes werden nicht durch Einzelgruppierungen gelöst, denen der Sinn für das Ganze, für die Gemeinschaft fehlt, und die den wahren Interessen der Staatsbeamten und -angestellten einen schlechten Dienst erweisen.

Denn was würde eine heillos zerstrittene öffentliche Funktion auf der gewerkschaftlichen Szene gegenüber den großen Verbänden und Blöcken des Privatsektors darstellen, für die die öffentlichen Bediensteten nur Ultrakorporatisten und Privilegierte sind?

Die öffentliche Funktion wäre zur Bedeutungslosigkeit degradiert – ein Schlachtfeld von sich gegenseitig überbietenden Einzelgruppierungen. Sie würde zum Spielball der parteipolitischen und ideologischen Auseinandersetzungen. Dem staatlichen Arbeitgeber hätte sie nichts entgegenzusetzen.

Die CGFP ist die vereinende Kraft, der gemeinsame Nenner aller Staatsbeamten und -angestellten und ihr gewerkschaftliches Zuhause. Eine Kraft, die den sozialen Besitzstand verteidigt und den Fortschritt gewährleistet.

Ja, was wäre der öffentliche Dienst ohne CGFP?



CGFP – die einzige gewerkschaftliche Kraft innerhalb der öffentlichen Funktion

Une meilleure transparence concernant les recrutements dans la Fonction publique

Avis de la Chambre des fonctionnaires et employés publics sur le projet du budget de l'Etat

Contexte économique

Le projet de budget de l'État pour l'exercice 2018, qui a été annoncé sous le signe de la qualité de vie, de la compétitivité et de la continuité, s'inscrit dans un contexte macroéconomique particulièrement favorable. Les axes prioritaires de l'investissement public concernent surtout l'éducation des enfants, le logement, les transports publics, la culture, la sécurité des citoyens et des mesures en faveur d'un meilleur équilibre entre vie professionnelle et vie privée.

Si la Chambre des fonctionnaires et employés publics soutient évidemment les investissements dans ces domaines indispensables à l'avenir du pays, elle estime que les bouleversements économiques en cours rendent par ailleurs nécessaires d'autres mesures sociales concrètes, d'accompagnement et de protection des citoyens et des travailleurs, le gouvernement devant impérativement mettre la priorité sur une protection sociale de qualité et une politique de redistribution juste, notamment suite aux restrictions budgétaires des années passées ayant surtout pesé sur les ménages de la «classe moyenne».

La Chambre est en effet d'avis que tous les indicateurs sont au vert pour un retour à une croissance durable, ce qui devrait permettre à l'État de lâcher la bride en investissant beaucoup plus dans les infrastructures d'avenir du pays et de s'attacher à compenser la perte de pouvoir d'achat subie par les consommateurs depuis la mise en œuvre du «Zukunftspak».

Fiscalité

En matière fiscale, la Chambre des fonctionnaires et employés publics regrette que le projet de loi budgétaire se limite à rectifier plusieurs complications survenues en raison de la réforme fiscale 2017, sans pour autant redresser les distorsions fiscales existant au détriment des personnes physiques.

En effet, malgré le déchet fiscal dû à la réforme fiscale, les recettes publiques reposeront une nouvelle fois essentiellement sur les personnes physiques qui ont déjà largement préfinancé non seulement les réductions d'impôts dont elles bénéficient en raison de la réforme fiscale, mais également la réduction progressive du taux d'imposition dont bénéficient les collectivités.

Nécessité d'adapter les barèmes de l'impôt à l'évolution du coût de la vie

La Chambre constate malheureusement que le projet de loi budgétaire pour l'exercice 2018 ne corrige toujours pas les injustices fiscales découlant des barèmes de l'impôt, le pouvoir politique restant donc libre quant à la décision d'adapter ou non le tarif de l'impôt sur le revenu, quelle que soit l'inflation.

Afin d'assurer une adaptation automatique du tarif de l'impôt sur le revenu à l'évolution du coût de la vie, la Chambre réitère donc sa demande, présentée à plusieurs reprises déjà, de réactiver le mécanisme qui était initialement inscrit à l'article 125 LIR et qui prévoyait une révision du tarif de l'impôt sur le revenu des personnes physiques en raison de la variation de l'indice pondéré des prix à la consommation lorsque la moyenne des indices pondérés des six premiers mois d'une année accusait une variation de 5% au moins par rapport à la moyenne des indices des six premiers mois de l'année précédant l'entrée en vigueur du tarif.

Imposition individuelle et injustices fiscales découlant de la classe d'impôt 1a



L'introduction, par la réforme fiscale 2017, de l'imposition individuelle optionnelle pour les couples mariés ou en partenariat ainsi que des nouvelles modalités d'imposition des non-résidents (modalités qui seront applicables à partir de 2018) entraînera des complications administratives colossales, non seulement pour les personnes physiques concernées, mais également pour l'administration en charge du traitement des dossiers afférents.

Malgré les ajustements proposés par le projet de loi budgétaire afin de flexibiliser les modalités d'option et d'application des différents modes d'imposition, la Chambre des fonctionnaires et employés publics est d'avis que tous les contribuables, qu'ils soient résidents ou non, devraient faire l'objet d'un traitement égal sur le plan fiscal.

Par ailleurs, la Chambre dénonce le manque de transparence des différentes classes d'imposition ainsi que des divers crédits et abattements disponibles pour les contribuables, ce qui rend les citoyens inégaux devant l'impôt. Ainsi, le gouvernement n'apporte toujours pas de réponse acceptable à la question du traitement fiscal injuste des veufs/veuves et des ménages monoparentaux. En effet, les contribuables de la classe d'impôt 1a subissent toujours de plein fouet les incohérences du barème d'imposition sur le revenu.

Régime des «stock-options»

Le régime des «stock-options» – réglé sur la base de circulaires du directeur des contributions et permettant aux cadres dirigeants d'entreprises d'être rémunérés pour moitié par des actions spéculatives de sociétés (du monde entier), considérées comme avantage en nature et imposables seulement à hauteur de 17,5% de leur valeur au moment de l'attribution par l'employeur – crée une distorsion flagrante par rapport aux rémunérations courantes qui sont soumises au barème normal d'imposition.

Si la Chambre peut marquer son accord avec un régime légal de «stock-options», selon lequel des sociétés nouvellement créées de type «start-up» seraient par exemple éligibles pour bénéficier du demi-taux global sur l'avantage en nature, elle se prononce toutefois contre un régime anticonstitutionnel basé sur de simples circulaires administratives et permettant à certains salariés d'être

rémunérés par des actions spéculatives fiscalement avantageuses.

Abattement pour mobilité durable

Concernant les personnes physiques, le projet de loi budgétaire pour l'exercice 2018 se propose de réintroduire des mesures de soutien à l'acquisition de véhicules hybrides en tant que «technologie de transition vers la mobilité à zéro émissions», soutien qui ne se traduira plus par l'octroi de primes à l'acquisition mais par un abattement de revenu de 5.000 euros pour un véhicule à zéro émissions ou de 2.500 euros pour les véhicules hybrides dont les émissions de CO2 ne dépassent pas 50 g/km.

Ces mesures manquent pourtant d'équité par rapport à l'élargissement projeté, aux véhicules à zéro émissions, de la bonification d'impôt pour investissement en faveur des entreprises, permettant à celles-ci de bénéficier d'une bonification d'impôt sur le revenu de treize pour cent au titre de l'investissement complémentaire dans un tel véhicule (sans limitation quant à la valeur de ce dernier) ainsi que d'une bonification d'impôt de huit pour cent au titre de l'investissement global, avec une valeur d'acquisition plafonnée à 50.000 euros par véhicule.

Si la Chambre des fonctionnaires et employés publics soutient évidemment les efforts en faveur d'une mobilité plus respectueuse de l'environnement, elle tient toutefois à souligner que l'abattement de revenu imposable au bénéfice des particuliers est sans commune mesure avec la bonification d'impôt prémentionnée au profit des entreprises, qu'il alourdit par ailleurs la procédure d'imposition et qu'il est donc contraire à la simplification administrative.

Fonction publique

Renforcement d'effectifs en trompe-l'œil

Le projet de budget de l'État pour l'exercice 2018 prévoit la création de 1.100 postes supplémentaires auprès de l'État (dont plus de 500 dans le domaine de l'Enseignement).

À ce sujet, la Chambre relève que les projets de lois budgétaires annoncent souvent la création de postes nouveaux, ce qui ne correspond pourtant pas toujours à la réalité (le projet de loi budgétaire pour l'exercice 2016 annonçant

par exemple la création de 750 postes supplémentaires, alors que la Fonction publique comptait pourtant en réalité, au 1^{er} janvier 2017, 199 postes de moins qu'au 1^{er} janvier 2016). Cela est regrettable, surtout à l'heure actuelle où de nombreux services et administrations se trouvent dans une situation de sous-effectif.

S'y ajoute que l'annonce du gouvernement est en contradiction avec les budgets réellement alloués aux rémunérations des agents de l'État ainsi qu'avec les instructions données aux départements ministériels dans le cadre des travaux de préparation du projet de budget. En effet, les départements ministériels étaient invités, comme chaque année, à une «modération très stricte au niveau des nouveaux engagements de personnel» et les responsables de la gestion budgétaire étaient de nouveau tenus de viser avant toute chose le non-remplacement d'agents dont le départ à la retraite est prévu en 2018.

Pour ces raisons, la Chambre des fonctionnaires et employés publics demande donc davantage de transparence quant aux recrutements dans la Fonction publique.

Réforme des procédures de recrutement et de stage

La Chambre souligne la nécessité de procéder sans délais à une véritable réforme des procédures de recrutement et de stage dans la Fonction publique à trois niveaux: au niveau de l'examen-concours, au niveau de la formation durant le stage ainsi qu'au niveau de la rémunération pendant le stage.

Concernant l'examen-concours, le ministère du ressort éprouve des difficultés à recruter, non seulement en raison d'un nombre trop faible de candidats, mais également en raison des échecs aux examens qui n'ont pratiquement pas évolué depuis plus de trente ans. La Chambre des fonctionnaires et employés publics ne peut pas croire que les candidats d'aujourd'hui soient moins compétents que ceux d'hier. Toutefois, il est évident que les besoins, les connaissances et les formations d'aujourd'hui ont évolué alors que les contenus et les modalités d'examen, eux, n'ont pratiquement pas changé.

Concernant la formation durant le stage, elle aurait déjà dû faire l'objet d'une refonte efficiente en 2015 dans le cadre des réformes dans la Fonction publique, ce qui n'a toutefois pas été le cas. Durant la période de stage, les stagiaires sont en effet supposés suivre un réel stage de formation à raison de 20% de leur temps de travail (10% durant la dernière année de stage) et travailler auprès de leur administration de rattachement à raison de 80% du temps les deux premières années, puis 90% la dernière année. Or, la formation actuellement dispensée, d'une part, n'est pas toujours adaptée aux besoins des administrations et services de l'État, et, d'autre part, ne permet pas de former efficacement les stagiaires qui doivent, à côté de leur formation poussée, maîtriser la même charge de travail à temps plein que leurs collègues fonctionnaires.

À cette situation, qui est déjà défavorable pour les stagiaires, s'ajoute en plus une rémunération de stage réduite (correspondant à 80% du traitement initial pendant les deux premières années de stage et à 90% de ce traitement durant la troisième année) au préjudice de ceux-ci.

Une réforme complète des procédures de recrutement et de stage dans la Fonction publique s'avère donc indispensable.



Eigenheiminteressenten

Die eigenen vier Wände sind der Wunsch eines jeden

BHW und **CGFP**

bieten ihnen hierzu die Möglichkeit
und zwar zu den allergünstigsten Bedingungen

Unschlagbares Angebot

für:	mit:
Wohnungsbau/-kauf	Sofortkredit
Modernisierung	CGFP-Vorzugsdarlehen
Grundstückwerb	Steuervorteilen

Lassen Sie sich unverbindlich beraten!

Bitte ausfüllen und einsenden an:

OEL/CGFP

Oeuvre CGFP
d'Épargne-Logement
B.P. 595
L-2015 Luxembourg

Baukredit:

Ich bitte um
unverbindliche
Beratung durch einen
CGFP/BHW-Berater

(Name)

(Vorname)

(Straße, Hausnummer)

(Plz. /Wohnort)

(Telefon)

(Dienstbezeichnung)

(Dienststelle)



Sichern Sie sich Ihre Steuervorteile 2017

Bausparen

aktuell

Informationen • Meinungen • Tipps

Mitgeteilt von der BHW Bausparkasse und der Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement

BHW KomfortBausparen & BHW Wohnbausparen Plus

Bauen und Sparen

Die neuen Tarife BHW KomfortBausparen & BHW Wohnbausparen Plus sind ideal zum Sparen und Bauen. Sie entscheiden sich für Ihr Ziel, BHW und die Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement ebnen Ihnen den Weg.

Zinsgünstiges Darlehen

BHW Wohnbausparen Plus bietet Ihnen ein zinsgünstiges Darlehen mit Festzinsgarantie über die gesamte Laufzeit. Das heißt, Sie machen sich unabhängig von den Kapirollen des Kapitalmarktes und stellen Ihren Wohnraum vom ersten Tag an auf eine verlässliche Basis.

Sie beeinflussen selbst, ob und wann Sie Ihr Baugeld haben möchten.

Das Prinzip ist einfach: Je höher die Tilgung, desto schneller ist das Darlehen verfügbar.

Wie hoch das Darlehen ist, ergibt sich aus Ihrem Sparguthaben, der Spardauer und der Tilgungsrate, die Sie bestimmen.

Egal, ob Sie Ihr Darlehen nun früher oder erst später in Anspruch nehmen. Sie haben die Wahl zwischen zwei Darlehenszinsvarianten zu 2,35% oder sogar zu 1,25%. Ganz so, wie es Ihren Wünschen entspricht.

Baugeld schon nach kurzer Zeit

Mit BHW Wohnbausparen Plus kommen Sie ohne festes Mindestsparguthaben zum Baugeld. Für jene, die sofort mit dem Bauen anfangen wollen, gibt es die Möglichkeit, ihren Finanzierungsplan mit Hilfe eines BHW-Sofortkredits

aufzustellen. Und als CGFP-Mitglied haben Sie zusätzlich Anspruch auf ein Gewerkschaftsdarlehen zum Vorzugszinssatz.

Spareinlage mit Rendite

Wollen Sie kein Bauspardarlehen in Anspruch nehmen oder sind Sie noch unentschlossen, so bietet sich der BHW KomfortBausparen im heutigen Zinsniveau als attraktive Spareinlage an. Während der Vertragslaufzeit erhalten Sie eine Verzinsung von 1% und sichern sich auch eine Option auf ein günstiges Bauspardarlehen. Der Tarif ist für alle geeignet, die

- zinsstark sparen möchten
- noch nicht sicher sind, ob sie Wohneigentum erwerben möchten
- sich heute schon einen attraktiven Sollzins sichern wollen
- für eine anstehende Modernisierung Kapital brauchen.

Staatlich gefördert

Die Einzahlungen auf Ihr Bausparkkonto können Sie steuerlich absetzen: jedes Jahr bis zu 672 Euro für jede zum Haushalt zählende Person. Für ein Ehepaar mit zwei Kindern macht das z.B. 2.688 Euro.

Mit der Umsetzung der Steuerreform kam es zu einer Verdopplung der absetzbaren Beträge, sofern der Bausparer die Altersgrenze von 40 Jahren nicht erreicht hat. Zudem sind die Zinserträge auf Bausparguthaben von der Quellensteuer befreit (ein CGFP-Erfolg). Das lohnt sich!



Intelligentes Glas für mehr Durchblick

Große Fensterflächen sind beliebt, vor allem bei Neubauten. Wo viel Grün ums Haus herum Sichtschutz bietet, geht der Trend sogar zur Vollverglasung, gemauerte Fassaden werden vollständig durch Glas ersetzt. Die neue Gläsergeneration sorgt für mehr Wohnkomfort in den Innenräumen. „Moderne Hightechgläser sind wahre Funktionshybride“, sagt Tim Rehkopf von der BHW Bausparkasse. „Sonnenschutzglas blockiert Wärmestrahlen, während es den Großteil des sichtbaren Lichts durchdringen lässt. Das sorgt für einen Kühlungseffekt im Sommer.“ Schaltbare Varianten des intelligenten Glases lassen sich abtönen, so dass die Raumhelligkeit und Durchsichtigkeit variiert werden können. Die Umstellung kann manuell oder automatisch erfolgen – zum Beispiel bei vermehrter Sonneneinstrahlung. Ein klarer Vorteil: Die großen Fensterflächen



müssen auch nicht aufwendig gepflegt werden. Selbstreinigende Scheiben garantieren klare Sicht bei jedem Wetter. Der Trick: Organische Schmutzpartikel werden dank Spezialbeschichtung von der UV-Strahlung zersetzt, der Regen perlt durch einen eingebauten Lotuseffekt einfach ab. Fensterputzen? War einmal!

Umweltbewusst in die Heizperiode

Aluminium ist ein hervorragendes Material für Heizkörper und spart Energie. Mögen die kalten Tage kommen!

Sie sind chic und helfen beim Energiesparen. Heizungen aus Aluminium leisten beides. Die Vorteile: Wenig Gewicht, dabei flexibel und stabil. Das Material rostet nicht und ist für die Erwärmung von feuchten Räumen wie Badezimmer und Küche bestens geeignet. Zudem können Wärmespeicher aus Aluminium die Heizkosten erheblich senken. „Mit einer Aluminium-Heizanlage kann man im Vergleich zu anderen Materialien bis zu 20 Prozent Energie einsparen“, bestätigt Tim Rehkopf von der BHW Bausparkasse. Die Wärmeleitfähigkeit des Metalls ist bis zu 25 Prozent höher als bei herkömmlichen Heizkörpern. Für den Wärmetransport wird zudem weniger Wasser benötigt. Das sorgt für schnelle wohlige Wärme, die energie- und kosteneffizient ist. Der Heizkörper-Hersteller Vasco hat ein Verfahren entwickelt, mit dem Heizungen aus bis zu 100 Prozent re-



cycltem Aluminium gebaut werden. Der Herstellungsaufwand liegt im Vergleich zu Primär-Aluminium bei nur fünf Prozent. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Mit verschiedenen Farben und Formen heizen die Körper aus recyceltem Aluminium auch optisch ganz schön ein!

Zum Schwitzen in den Garten



Die eigene Sauna im Garten – diesen Traum verwirklichen sich immer mehr Hausbesitzer. Nur ein paar Schritte vom Haus entfernt lädt sie auch an kalten Tagen zum Wellness-Erlebnis ein.

Wohlige Wärme, sanfte Klänge, behagliche Beleuchtung: Eine Sauna verspricht Erholung pur. Besonders in der dunklen Jahreszeit bietet das Garten-Spa anregende Entspannung nach einem anstrengenden Arbeitstag und stärkt die Abwehrkräfte. Der Trend geht von der urigen Hütte zur edlen WellnessOase. „Schöner schwitzen“,

lautet die Devise. Als Schmuckstück für den Garten sind Saunahäuser in vielen Größen und Preisklassen erhältlich. Beliebt sind Designersaunen in Holz- und Glasbauweise.

„Vor dem Aufstellen der Gartensauna sollte man sich fachlichen Rat holen“, sagt Rüdiger Grimmert von der BHW Bausparkasse. „Erkundigen Sie sich bei Ihrer Gemeinde, ob Sie eine Genehmigung brauchen“, rät Grimmert. Auch die Abstände zum Nachbargrundstück oder die Frage der Beheizung müssen bedacht werden.

Vor Jahresende noch etwas Steuern sparen?

Persönliches Abwägen

Wir haben hier bewusst den Ausdruck „optimieren“ verwendet, denn der Wunsch nach der größtmöglichen Absenkung des Steuerbetrages wird oft abgebremst durch die Tatsache, dass die erforderlichen Maßnahmen dem einzelnen Steuerzahler „zu teuer“ werden können, weil dabei als Nebeneffekt die frei verfügbare Kaufkraft der Familie übermäßig verringert wird.

In dieser Hinsicht hat sich die jüngste Steuerreform der Regierung zum Teil durch eine eher hinterhältige Großzügigkeit ausgezeichnet. So beschränkt sich beispielsweise die sehr solide Ausweitung der Abzugsmöglichkeit für Zusatzpensionen leider auf junge Steuerzahler, deren verfügbares Einkommen aber bereits stark belastet ist durch hohe Ausgaben für die Finanzierung des Eigenheims oder für den Unterhalt von Kindern.

Wir wollen hier etliche objektive und nützliche Informationen liefern, die erforderlich sind, um sich in Kenntnis der Sachlage eine Meinung zu bilden, doch die jeweiligen Entscheidungen muss jeder einzelne Steuerzahler oder jeder betroffene Haushalt für sich selbst treffen, unter Beachtung der eigenen spezifischen Lage und der persönlichen Präferenzen. Dabei geht es nicht nur um das Ausmaß der Anstrengungen, die man zu unternehmen bereit ist, sondern auch um die Frage, welchen Instrumenten man dabei den Vorzug gibt.

Die Palette der Möglichkeiten

Bevor wir hierzu einige Hinweise und Überlegungen liefern, wollen wir uns mit der heutigen Gesetzeslage und mit ihren rezenten Verschiebungen befassen.

Erinnern wir zuerst daran, dass man Steuern sparen kann, indem man Gutes tut. Dazu müssen die **persönlichen Spenden** („libéralités“ oder „dons“) des gesamten Steuerjahres insgesamt mindestens 120 € ausmachen. Sie müssen zudem einer oder mehreren wohltätigen Organisation(en) zugeführt werden, die vom Finanzministerium ermächtigt sind, Spendenbescheinigungen auszustellen. Ein Beispiel ist hier (ein bisschen Schleichwerbung für die gute Sache sei uns erlaubt) die Fondation CGFP de Secours (CCPL: LU46 1111 0733 4614 0000 oder BCEE: LU57 0019 1000 2060 6000). Der absetzbare Betrag darf maximal 20% des zu versteuernden Jahreseinkommens entsprechen, was natürlich eine sehr beachtliche Möglichkeit darstellt.

Schuldzinsen auf sogenannten persönlichen Darlehen und Konsumkrediten („prêts personnels“), die in keinem Zusammenhang stehen mit dem Eigenheim oder mit vermietetem Wohnraum, können weiterhin, wie bisher, pro Person bis zu einem Höchstbetrag von 336 € jährlich vom Einkommen in Abzug gebracht werden. Allerdings ist ab dem Steuerjahr 2017 dieser Maximalbetrag zusammengelegt mit dem Höchstbetrag von 672 € für abzugsfähige Versicherungsprämien.

Im Klartext: In der Vergangenheit konnte man gleichzeitig 336 € an Zinsen UND 672 € an Versicherungskosten absetzen; nunmehr aber sind für beide Ausgaben insgesamt nur noch 672 € an Abschreibungen möglich, davon höchstens 336 € für Zinsen und maximal 672 € für Versicherungen. Alle hier erwähnten Beträge gelten pro Person des Steuerhaushaltes, also für beide Eltern und für jedes der Kinder.

Womit wir bereits bei den **Versicherungen** angekommen sind. Die soeben erwähnte Abzugsmöglichkeit in der angegebenen Höhe gehört zu den abzugsfähigen Sonderausgaben („dépenses spéciales“). Abgesehen von der Verschmelzung des Prämienplafonds

An ihre Steuererklärung denken im Herbst nur jene Nachzügler, die den gesetzlichen Termin vom letzten März nicht eingehalten haben und die deswegen im September von der Verwaltung abgemahnt wurden. Und doch sollte jeder vielleicht jetzt einen Gedanken aufbringen an die im kommenden Frühjahr fällige Steuerklärung für 2017, vor allem um zu prüfen, ob man nicht noch vor Jahresende die eine oder andere „Steuersparmaßnahme“ durchziehen will, um die Steuerlast des laufenden Jahres abzusenken.

Mit dem zu Ende gehenden Steuerjahr 2017 sind nämlich einige empfindliche Veränderungen in Kraft getreten, die zu beachten sind, wenn man seinen persönlichen Beitrag zur Finanzierung des Staates „optimieren“ will. Parallel dazu hat sich durch die rezente Fiskalreform (welche bekanntlich vorangegangene Steueranhebungen wieder zurückgefahren hat) das verfügbare Einkommen der Haushalte verbessert. Es soll hier kurz an die gängigen Vorgehensweisen erinnert werden, mit einer besonderen Beachtung der jüngsten Gesetzesänderungen.

mit jenem für die Schuldzinsen, gelten hier alle bisherigen Bestimmungen unverändert.

Erinnern wir hier daran, dass nicht alle Versicherungspolice geltend gemacht werden können. Abzugsfähig sind, künftig wie schon bisher, neben den Lebensversicherungen mit einer Laufzeit von mindestens 10 Jahren, die Sterbens-, die Unfall- und die Invaliditäts-, die Haftpflichtversicherungen (ebenfalls für die Autohaftpflicht mit Rechtsschutz), sowie auch die Beiträge zu Mutualitätskassen, wie etwa zur CMCM / Caisse Médico-Complémentaire Mutualiste (auch mit Prestaplus und Denta- & Optipus), und zu einer Sterbekasse, wie beispielsweise der Œuvre CGFP de Secours Mutuels. Dagegen können aber die sogenannten Sachversicherungen, also Feuer-, Kasko-, Glas- und Diebstahlpolicen steuerlich **NICHT** geltend gemacht werden.

Zweitens ist zu betonen, dass es eine pauschale Untergrenze gibt von 480 € für einen einzelnen Steuerzahler und von 960 € für ein Paar, wobei die Präsenz von Kindern und ihre Anzahl hier nicht relevant sind. Bleiben für das Steuerjahr die Gesamtausgaben der zugelassenen Versicherungsausgaben unter diesem Niveau, so wird dennoch dieser Pauschbetrag voll in Abzug gebracht, und zwar ohne dass der Steuerzahler entsprechende Belege liefern müsste.

Wie schon erwähnt, gibt es für die abzugsfähigen Versicherungsprämien ein Maximum von 692 € pro Person im Haushalt. Für alle Ausgaben zwischen dem soeben angesprochenen Minimum (von jeweils 480 € oder 960 €) und diesem Maximum muss man entsprechende Verträge oder Quittungen liefern oder bereithalten. Wenn gleich der unveränderte Plafond für die Versicherungs-Sonderausgaben nunmehr, wie vorhin betont, mit jenem für die Konsumdarlehenszinsen verschmolzen ist, bleiben dagegen die Bausparbeiträge und die Schuldzinsen auf Wohnungsschulden total unabhängig von den Versicherungsausgaben. Das heißt im Klartext, dass die hier geltenden Plafonds alle gleichzeitig und in voller Höhe ausgenutzt werden können.

Drittens ist es wichtig zu wissen, dass für die Restschuldversicherungen auf Darlehen („assurances solde restant dû“ oder auch „assurance temporaire au décès à capital décroissant en vue de garantir le remboursement d'un prêt“) mit Einmalzahlung („à prime unique“) deutlich höhere Maximalbeträge gelten, und dies außerhalb der normalen jährlichen Versicherungs-Maximalaufwendungen. Oft werden die Kosten der Einmalprämie mitfinanziert im Rahmen des zugestandenen Kredits.

Diese einmaligen Plafonds sind nach Alter gestaffelt, und sie erreichen für jede versicherte Person zwischen 6.000 € und über 15.000 €, zuzüglich eines Zuschlages pro Kind zwischen 1.200 € und über 3.000 €. Wird die Restschuldversicherungsprämie jedoch nicht als Einmalprämie, sondern in Jahres- oder Monatsraten berechnet und beglichen, so fällt sie als Sterbensversicherung unter die normalen Ober- und Untergrenzen für Versicherungsaufwendungen.

Kommen wir nun zum **Bausparen**, das der persönlichen Vermögensbildung durch den Erwerb einer Familienwohnung dient und das daher gleich mehrfach von steuerlichen Fördermaßnahmen profitiert, wobei es nunmehr, also ab dem Steuerjahr 2017, sogar zu einer Ausweitung der Abzugsmöglichkeiten kommt. Das Bausparen kumuliert drei Steuervorteile, die wir im Weiteren genauer vorstellen:

1. Die Einzahlungen des Sparerers sind in gewissen Grenzen steuerlich absetzbar.
2. Die Guthabenzinsen, die er auf dem Ersparnis erhält, sind von der Quellensteuer befreit.
3. Die Schuldzinsen, die ihm auf seinem Darlehen berechnet werden, sind steuerlich im gleichen Ausmaß absetzbar wie jene von Hypothekarkrediten einer Bank.

Bisher erlaubten die Einzahlungen oder Beiträge für einen Bausparvertrag („cotisations versées à une caisse d'épargne-logement“) eine Reduzierung des zu versteuernden jährlichen Einkommens um jeweils 672 € pro Person im Haushalt. Dieser Betrag verdoppelt sich nunmehr auf 1.344 € pro Person, unter der Voraussetzung, dass bei einem gemeinsamen Vertrag der jüngere der beiden Elternteile oder Partner zum Beginn des entsprechenden Steuerjahres nicht älter als 40 Jahre war. Andernfalls bleibt der Plafond unverändert bei 672 €.

Jüngere Steuerzahler, welche die angegebene Altersbedingung erfüllen und bereits einen ordentlichen Bausparvertrag über mehrere hunderttausend Euro abgeschlossen haben, werden also gegebenenfalls ohne eine Vertragsänderung zu Nutznießern dieser Neuregelung und sie können künftig deutlich mehr absetzen. Und gleichzeitig wird nun für jüngere Neuinteressenten an einem Vertrag das echte Bausparen im Hinblick auf den Eigenheimerwerb nun noch attraktiver.

Unsere Mitglieder wissen diesbezüglich, dass für sie die günstigen CGFP-Bedingungen nur über die Œuvre CGFP d'Épargne Logement (Tel.: 47 36 51, Fax: 46 53 62, info@cgfp-services.lu) und ihren Partner BHW-Bausparkasse zu erlangen sind. Das regelmäßige

Bausparen berechtigt bekanntlich prinzipiell zum späteren Erhalt eines Baudarlehen. Dabei braucht man allerdings die Zuteilung des Darlehens, welche erst nach einer Reihe von Jahren erfolgen kann, nicht abzuwarten, weil sehr schnell eine Zwischenfinanzierung (mit variablem oder mit festem Zinssatz) möglich ist.

Wer zum Zeitpunkt der Unterzeichnung seines Bausparvertrags bereits ein Eigenheim besitzt, der kann den später zugeteilten Kredit für Renovierungskosten oder auch für die Zurückzahlung eines bestehenden Hypothekar- bzw. Bausparkredits verwenden.

Doch sind andere Verwendungszwecke der Geldausschüttung aufgrund der Bausparanstrengungen, wie etwa ein Autokauf oder eine Ferienfinanzierung, prinzipiell nicht möglich. Diese Tatsache aber verschweigen bestimmte kommerziell aggressive (und nur auf den Jahresgewinn ihrer Firma getrimmte) Verkäufer am Bankschalter ihren Kunden, wenn sie ihnen kleine Bausparverträge aufschwätzen, allein als Steuersparmodell und ohne jeden Bezug zum Bauspargedanken. Hier drohen in steuerlicher Hinsicht nunmehr gegebenenfalls empfindliche Konsequenzen, weil die Steuerverwaltung künftig verschärfte Strafmaßnahmen anwenden wird.

Beim Bausparen – und nur beim Bausparen – sind die Guthabenzinsen des Sparerers bekanntlich von der 20-prozentigen Quellensteuer auf Zinsen („retenue à la source libératoire“) befreit. In der derzeitigen Niedrigzinsphase ist dies nur ein minimaler Vorteil, aber immerhin ein Plus. Diese Steuerabgabe wird bekanntlich, abgesehen von Mini-Einkünften, auf allen Erträgen aus Sparbüchern, Bankkonten, Obligationen, Geldmarktfonds usw. erhoben, ist aber endgültig („libératoire“), was bedeutet, dass sie nicht mehr in der Steuererklärung anzuführen ist.

Jeder, der sich verschuldet, um ein Eigenheim bauen zu lassen oder zu erwerben oder um größere Renovierungen vorzunehmen, kann die dadurch anfallenden **Schuldzinsen**, die er an seine Bank oder Bausparkasse zahlt, in einem bestimmten Rahmen von seinem Einkommen bei der Berechnung der geschuldeten Jahressteuern in Abzug bringen. Während der Bauphase, in der eine Neuwohnung noch nicht bewohnt ist, kann der Zinsbetrag in voller Höhe geltend gemacht werden, anschließend während der ganzen Verschuldungsdauer bis zu einer gewissen Jahreshöchstsumme.

Dieser Plafond, bis zu dem die Zinslast absetzbar ist, berechnet sich aus abgestuften Beträgen, welche in den ersten 5 Jahren des Bewohnens des Eigenheims 1.500 Euro, in den nächsten 5 Jahren 1.125 Euro und in der Folgezeit 750 Euro pro Person des Steuerhaushaltes betragen. Neu ist diesbezüglich des Plafonds, dass davon ab 2017 kein Betrag mehr in Abzug gebracht wird für den Nutzungswert der selbst bewohnten Immobilie („valeur locative“), weil dieser nun per Gesetz auf null abgesenkt ist.

Was dagegen die Zinslast auf eventuellen Hypothekarschulden angeht, die man eingegangen ist, um Wohnraum zu erwerben, den man vermietet, so bleibt hier alles beim Alten. Dies bedeutet, dass derartige Ausgaben in voller Höhe von den Mieteinkünften abgesetzt werden dürfen, genau wie die Abschreibung des Immobilienwertes („amortissement pour usure“) von 6% des Anschaffungswertes in den ersten 6 Jahren und von 2% in der Folgezeit.

Diese Umstände machen in der derzeitigen Niedrigzinsphase das Investieren in Stein und Beton eher attraktiv, auch wegen der anhaltenden Wertsteigerungen auf dem Wohnungsmarkt. Vorausgesetzt natürlich, man schreckt

nicht vor der Verwaltung, den Problemen des Immobilien-Unterhalts und des Umgangs mit Mietern zurück.

In diesem Zusammenhang sind auch neue steuerliche Förderungsmaßnahmen zu erwähnen für den Fall der Bereitstellung durch einen Besitzer von **sozialem Wohnraum** („*location sociale par l'intermédiaire d'organismes conventionnés*“), sowie eine zeitlich begrenzte verminderte Gewinnbesteuerung beim Verkauf von Wohnimmobilien („*mise sur le marché d'immeubles destinés à la vente*“).

Im ersten Falle sind die Mieteinkünfte über die Agence Immobilière Sociale nunmehr zu 50% steuerbefreit; im zweiten Fall werden die bis zum 31. Dezember 2017 erzielten Veräußerungsgewinne („*plus-values immobilières*“) mit nur einem Viertel des normalen Steuersatzes belastet statt mit dem halben Steuersatz. Doch wer davon noch profitieren möchte, ist nun wohl schon zu spät dran.

Neben der **Altersabsicherung** durch Immobilieninvestitionen gibt es auch das Langzeitsparen an Hand von Finanzinstrumenten. Beim Erwerb von Aktien kann man bekanntlich prinzipiell eine viel bessere Rendite erwarten als mit anderen Finanzinvestitionen, geht dadurch aber unweigerlich ein höheres Risiko ein, welches man abfedern kann durch eine Risikostreuung, vorzugsweise über Aktienfonds oder gemischte Fonds mit einem bestimmten Aktienanteil. Für diese Form des Sparens gibt es keinerlei steuerliche Förderung und wegen der enormen zyklischen Schwankungen der Wertpapierbörsen muss man davon unbedingt abraten, wenn es um kurz- und mittelfristiges Sparen (etwa unter zehn Jahren) geht.

Als vorhin von den steuerbegünstigten Versicherungsprämien die Rede ging, wurden die **Lebensversicherungen** erwähnt. Diese sind klar von den Sterbensversicherungen, darunter vor allem die Restschuldversicherungen zu unterscheiden, bei welchen die Versicherungsgesellschaft nur in dem Falle zahlt, wenn der Versicherte stirbt. Hier sind auch bei einer hohen Versicherungssumme die Beiträge relativ niedrig, aber stark nach Alter gestaffelt. Bei der Lebensversicherung dagegen wird der vereinbarte Betrag auf alle Fälle gezahlt, beim Ablauf der festgesetzten Frist, weswegen hier jährlich hohe Einzahlungen erforderlich sind, wenn am Ende ein ordentlicher Betrag herauskommen soll. Anders ausgedrückt: Es ist keine Risikoabsicherung, sondern eine längerfristige Sparform, bei der am Ende ausgezahlt wird, was vorher ein-

gezahlt wurde, plus eine Kapitalrendite, minus die Verwaltungskosten.

Deswegen sind die (privaten Zusatz-) **Pensionsfonds** stark mit ihnen verwandt, weil sie das gleiche Sparziel verfolgen, nur dass diese noch längerfristig angelegt sind, prinzipiell bis zum Eintritt in den Ruhestand. Solche Produkte können von Versicherern wie von Banken angeboten werden, und lediglich, wenn später, im Pensionsalter, die Auszahlung in Monats- oder Jahresraten bis zum Lebensende erfolgen soll, muss immer eine Versicherung ins Spiel kommen. Die steuerliche Förderung dieser Altersvorsorge wird nun zum Teil steuerlich noch stärker gefördert als bisher.

Die Rede ist hier von der persönlichen Zusatzpension („*contrat de prévoyance-vieillesse*“) nach Artikel 111bis des Gesetzes über die Einkommenssteuer, für welche jeder Steuerzahler ab 2017 jährlich einen Maximalbetrag von 3.200 Euro aufbringen kann. Zusammen besteuerte Paare können also bis zu 6.400 Euro geltend machen. In der Vergangenheit gab es hier eine Altersstaffelung, wobei jüngere Menschen deutlich weniger absetzen durften.

Wer diesen hohen Steuervorteil massiv nutzen will, muss dabei natürlich sein für den Konsum verfügbares Einkommen eventuell empfindlich einschränken, wobei vor allem junge Haushalte, die noch den Erwerb des Eigenheims abzahlen und hohe Kosten für ihre Kinder haben, vor ein Dilemma gestellt sind.

Dabei wird man sich unweigerlich die Frage stellen, wie rentabel dieses Sparen denn nun ist, und auch wie rentabel denn alle anderen Sparformen sind? Wenn für die langfristig angehäuften Ersparnisse nur ein minimaler Zinssatz herauspringt und man deswegen kaum mehr Kapital ausgezahlt bekommt als man eingezahlt hat, dann ist die Angelegenheit von geringem Interesse, weil zudem der latente Kaufkraftschwund des Geldes durch die Inflation sich auf Dauer spürbar macht.

Was nun die Rendite betrifft, so steht den derzeitigen, generell schwachen Zinssätzen auf Bankkonten, Wertpapieren sowie Versicherungs- und Pensionspolice natürlich eine niedrige Inflationsrate gegenüber. Mittelfristig kann die heutige Lage sich hier verändern, mit höheren Preissteigerungen und einer Anhebung der Zinssätze.

Sagen wir es klar und deutlich: Berauschend ist die Rendite nicht, die in der derzeitigen Niedrigzinsphase zu erwarten ist. Der Einstieg des Spa-

ners in riskantere oder schwerfälligere Investitionsformen, wie Aktien und Ertragsimmobilien, will dennoch sehr gut überlegt sein. Beim Pensionssparen gibt es verschiedene Formeln, über die man sich informieren sollte: Beim Investieren in Euro-Guthaben („*à capital garanti*“) geht man keinerlei Finanzrisiko ein für den Fall von Börsenbrüchen, dafür ist der zugesicherte Zinssatz auch langfristig sehr niedrig; die ertragreichere Alternative ist das Investieren der Pensionsersparnisse in Wertpapier-Investmentfonds („*en unités de compte*“).

Für die diesbezüglichen persönlichen Überlegungen und Entscheidungen spielt bei den Zusatzpensionen, genau wie auch bei den längerfristigen Lebensversicherungen, die zu erwartende Gesamtrendite eine entscheidende Rolle. Wenn in den heutigen Zeiten das Zinsniveau für die Sparer generell schwach ist, so verbleibt diese präzise Form des Sparens dennoch weiterhin interessant, vor allem wegen der steuerlichen Anreize.

Gegenüber den nicht fiskalisch geförderten Sparformen wird die Rendite von Pensionsfonds erheblich aufgebessert, weil die erforderliche Sparanstrengung des Einzelnen zu einem nennenswerten Teil indirekt vom Staat getragen wird, durch die Absenkung der gezahlten Steuern. Zwar sind die Leistungen, also die später im Pensionsalter erhaltenen Zahlungen, prinzipiell zu versteuern, allerdings nur zur Hälfte ihres Betrags (bei der monatlichen Leibrente) oder mit dem halben Steuersatz (bei einer teilweisen Kapitalrückzahlung zum Zeitpunkt des Pensionsantritts).

Es würde den Rahmen dieses Artikels natürlich sprengen, hier weitere Einzelheiten über die verschiedenen Sparanlagen zu liefern. Wer aber an einer Zusatzpension interessiert ist, der kann sich ganz unverbindlich und kostenlos beraten lassen bei unserer Versicherungsagentur

CGFP Assurances (16, rue Erasme, L-1468 Luxemburg, www.cgfp-assurances.lu, info@cgfp-assurances.lu, Tel.: 27 04 28 01.).

Nun noch einige Hinweise, die nicht alle Staatsbediensteten betreffen, weil sie von familiären Umständen abhängen. Eine derartige ab 2017 geltende Neuerung betrifft die steuerliche Einzelveranlagung von Paaren. In der Vergangenheit wurden Eheleute prinzipiell gemeinsam besteuert („*imposition collective*“), während bei einer eingetragenen Partnerschaft („*PACS*“) eine gemeinsame Besteuerung stets nur auf

einen gemeinsamen Antrag hin erfolgt, nicht aber ipso facto. Ab dem Steuerjahr 2018 können auf Anfrage auch verheiratete und nicht getrenntlebende Paare separat besteuert werden. Es sollte hier aber hervorgehoben werden, dass sich durch die individuelle Veranlagung die gemeinsame Steuerlast in der Regel nicht nennenswert verringern lässt, u. a. wegen der Anwendung der Steuerklasse 1.

Erwähnen wir noch einige Anpassungen von Beträgen, deren generelle Handhabung wir hier nicht zu erläutern brauchen, weil die Betroffenen (oder Nutznießer) bereits damit vertraut sind oder sich anderswo im Einzelnen informieren können. Der Höchstbetrag der abzugsfähigen Zahlungen von Unterhalt („*rentes alimentaires*“) wird von 1.920 auf 2.208 € jährlich angehoben, die abzugsfähigen Sonderausgaben wegen Kindern, die außerhalb des Haushaltes leben („*abattement pour charges extraordinaires pour des enfants ne vivant pas au ménage*“), steigen von 3.480 auf 4.020 € im Jahr. Und schließlich werden die maximalen Abzugsmöglichkeiten der Kosten für sozialversichertes Haushaltspersonal (für häusliche Arbeit, für die Betreuung von Kindern und älteren Personen) von 3.600 auf 5.400 € angehoben.

Der Steuerekredit für Alleinerziehende („*crédit d'impôt monoparental*“) wird von 750 € ab 2017 bei Jahreseinkommen von weniger als 35.000 € auf 1.500 € verdoppelt und verringert sich bei höheren Einkommen zwischen 35.000 € und 105.000 € graduell auf 750 €. Dieser Betrag wird auch bei Einkünften über 105.000 € gewährt.

Last but not least sind dann die steuerlichen Fördermaßnahmen für die Anschaffung umweltverträglicher Verkehrsmittel („*abattement pour les véhicules particuliers à zéro émission*“) anzuführen, die im Automobilbereich 5.000 € für elektrisch oder mit Wasserstoff betriebene Fahrzeuge sowie 300 € für Fahrräder und sogenannte Pedelecs (also pedalbetriebene Fahrräder mit einer elektrischen Hilfsmotor) ausmachen.

Nicht angesprochen haben wir hier jene Änderungen, die eine automatische Anwendung durch die Verwaltung erfahren, ohne dass der Steuerzahler diesbezüglich etwas unternehmen müsste, wie die abgeänderten Steuertabellen und die teilweise erhöhten Steuerekredite („*crédit d'impôt pour salariés*“ und „*crédit d'impôt pour pensionnés*“).

Paul Zimmer



Lohnt sich das Sparen noch? Mit einem Bausparvertrag schon!

Ihr Eigenheim kennt keine Wertminderung und es vermeidet Ihnen die monatliche Miete.
Das Bausparen senkt Ihre Steuerlast und steht für Vermögensbildung und Altersvorsorge.

Wenden Sie sich an CGFP-Services unter der Nummer 47 36 51 oder über info@cgfp-services.lu
Sonderbedingungen der Bausparkasse BHW für CGFP-Mitglieder erhalten Sie nur über uns.



Luxembourg | Diekirch | Mersch | Canach | b-immobilier.lu |  find us on facebook

NORDSTAD

Appartements, maisons isolées, jumelées ou en bande

Objets existants et nouveaux lotissements à architecture contemporaine.

ETTELBRUCK
DIEKIRCH
ERPELDANGE
SCHIEREN
COLMAR-BERG
BETTENDORF



B home for Christmas

D'ganz Equipe vu B-Immobilier
wënscht Iech schéi Feierdeeg.

 **IMMOBILIER**
BINGEN & ASSOCIÉS

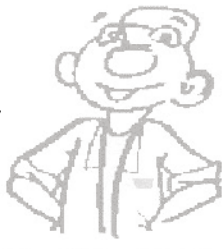
Viandes fraîches
Gibier - Volaille
Charcuteries
Salaisons

A[®]WIETOR

VIANDES EN GROS

www.wietor.lu

19A, rue de Haller
L-6312 Beaufort
Tél : 83 64 85-1
Fax : 86 90 87
e-mail : wietor@internet.lu









snaidero
CUCINE PER LA VITA

by **KITCHEN** Store
204, Route d'Arlon
L-8010 Strassen
Tél. (+352) 26 11 98 50
www.kitchenstoreluxembourg.com



De Montage gëtt exklusiv
vun eisem geschoulte
Personal gemaach.

Frame designed by Iosa Ghini.

Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Berufsausbildung attraktiv gestalten

CESI-Fachtagung mit Luxemburger Beteiligung in Berlin

Unter dem Titel „Bildung und Arbeit – Image und zunehmende Bedeutung der Berufsbildung“ trafen am vergangenen 20. Oktober hochkarätige Redner und ein interessiertes Fachpublikum zu der jüngsten CESI-Fachtagung in Berlin zusammen.

Dass ausgerechnet Deutschlands Hauptstadt als Austragungsort gewählt wurde, war kein Zufall, gilt Deutschland aufgrund seines dualen Bildungssystems doch seit langem schon als Vorreiter in der fachlichen Berufsausbildung.

Wie dabei mehrfach betont wurde, schlage die Berufsausbildung in der Tat eine unabdingbare Brücke zwischen einerseits der Bildung und andererseits der Berufswelt, dies auch mit Blick auf die steigende Jugendarbeitslosigkeit. Die Bildungswelt und die Arbeitswelt seien dabei die beiden Schlüsselkonzepte, die sich ergänzen müssten, um eine wirksame Bekämpfung der Erwerbslosigkeit zu erzielen. Gleichzeitig gelte es aber auch, am Image der Berufsausbildung zu arbeiten, damit die Verbindung zwischen Berufsausbildung und Arbeitswelt effizienter werde. Letztlich habe auch die derzeitige Generation ein Interesse daran, junge Menschen, sprich die Arbeitskräfte und Erwachsenen von morgen, wirkungsvoll auszubilden.

Bei fünf Millionen Jugendarbeitslosen in Europa dürfe man nicht wegschauen, so die unmissverständliche Botschaft vor der CESI-Fachtagung in Berlin. Für fünf Millionen junge Europäer beginne der Berufseinstieg mit Arbeitslosigkeit. Daneben gebe es eine ganze Menge prekärer Beschäftigungsverhältnisse, auch im öffentlichen Dienst, oder nicht bezahlte Praktika, wodurch sich diese Zahl noch erhöhe. Die Dunkelziffer liege demnach weit höher. Im Ergebnis blieben im Schnitt 17 Prozent aller Jugendlichen unter 25 Jahren in Europa erwerbslos, und das trotz der günstigen wirtschaftlichen und konjunkturellen Entwicklung, die Europa derzeit kenne. Das sei ein Schandfleck auf der Weste der Politiker und Unternehmensführer, hieß es. Demnach gelte es insbesondere auch, das duale System, dessen Besonderheit darin bestehe, die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes besser zu berücksichtigen als die rein schulische Ausbildung, kontinuierlich auszuweiten, ganz nach dem englischen Sprichwort: „Less bad is not good enough.“

Auch wenn die Aus- und Weiterbildung in den Zuständigkeitsbereich der nationalen Staaten falle, müsse Europa seine Verantwortung übernehmen, um seine Mitgliedstaaten in ihren diesbezüglichen Bemühungen zu unterstützen. Gerade in Zeiten größerer Mobilität seien Standards, auch auf europäischer Ebene, gefragt. Letztlich gehe die Arbeitslosigkeit im europäischen Binnenmarkt uns alle etwas an. So dürfe sich die jüngste CESI-Fachtagung in Berlin auch nicht als reines Redeforum verstehen, sondern vor allen Dingen als Ausgangspunkt für gewerkschaftliches Handeln in dieser Frage. Bildung dürfe nicht auf reine Arbeitsmarktverwertung reduziert werden, denn sie sei wesentlich für die gesamte Gesellschaft. Bildung mache Europa zukunftsfähig und sei die Grundlage für Toleranz und Demokratie. Zu den großen Herausforderungen der nahen Zukunft zähle sicherlich auch, die duale Ausbildung in die digitale Welt umzusetzen.

Wenn in Europa im Schnitt 17 Prozent aller Jugendlichen erwerbslos seien, schwanke diese Zahl erheblich von einem EU-Land zum anderen. Als ein konkretes Beispiel, wie die Europäische Union Maßstäbe hin zu einer



Der scheidende dbb-Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt (Bildmitte), umgeben von CESI-Generalsekretär Klaus Heeger (l.) und CESI-Präsident Romain Wolff

wirksamen Berufsausbildung setzen könne, zeige nicht zuletzt die im Jahre 2013 ins Leben gerufene Europäische Ausbildungsallianz, kurz EAfA.

Ein Blick auf die entsprechende Internetseite bestätigt: Die Europäische Ausbildungsallianz (EAfA) ist eine einzigartige Plattform, die Ministerien mit weiteren Interessenvertretern wie Unternehmen, Sozialpartner, Kammern, Berufsbildungsanbieter, Jugendorganisationen sowie Denkfabriken zusammenführt.

Gemeinsames Ziel ist es, die Qualität, das Angebot und die Attraktivität und neulich auch die Mobilität der Lehrlingsausbildung in Europa zu stärken. Zudem hat die erste Onlineumfrage von Interessensvertretern die wachsende Bedeutung von Lehrlingsmobilität gezeigt.

Die Allianz wurde im Juli 2013 durch eine gemeinsame Erklärung der Europäischen Sozialpartner, der Europäischen Kommission und der EU-Ratspräsidentschaft ins Leben gerufen. Diese wurde durch die Ratserklärung der EU-Mitgliedstaaten untermauert. Obwohl die Allianz von der Kommission gesteuert wird, liegt der Erfolg der EAfA in der Umsetzung von individuellen, nationalen Verpflichtungen und des Engagements von Partnern, insbesondere durch die Zusagen seitens der Interessengruppen, heißt es weiter.

Die Europäische Ausbildungsallianz gelangt dann auch zu dem Schluss, dass „die Lehrlingsausbildung – als eine erfolgreiche Form des arbeitsweltorientierten Lernens – den Über-

gang von allgemeiner und beruflicher Bildung in die Beschäftigung vereinfacht“: Studien belegten, dass Länder mit soliden Systemen der beruflichen Bildung und der Lehrlingsausbildung auch eine niedrigere Jugendarbeitslosigkeit aufwiesen.

Die Lehrlingsausbildung kombiniere auf formale Weise alternierendes, arbeitsweltorientiertes mit schulbasiertem Lernen und führe bei einem erfolgreichen Abschluss zu einer nationalen anerkannten Qualifikation.

Dabei seien die Vorteile vielseitig: Unternehmen beispielsweise, die Lehrlinge einstellen, könnten damit rechnen, dass ihre Investition sich lohne und einen Nettogewinn erziele, entweder während der Lehrlingsausbildung oder kurz danach durch die Einstellung eines vollqualifizierten Mitarbeiters. Gleichzeitig eigneten sich Lernende in der Berufsbildung und Auszubildende wertvolle arbeitsrelevante Fertigkeiten in einer berufsbezogenen Umgebung an, wodurch die künftige Beschäftigungsfähigkeit verbessert werde. (siehe hierzu die entsprechende Internet-Seite unter: <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1147&langId=de>)

Entsprechende Erfahrungsberichte zur Berufslehre und zu Praktika im öffentlichen Dienst sowie Beispiele für gut funktionierende Ausbildungsmodelle und Maßnahmen für vorberufliche Orientierung während der Schulzeit vervollständigten das Themenspektrum in Berlin. Deutlich wurde dabei immer wieder, dass gerade der öffentliche Dienst eine Vorreiterrolle in Sachen

Bildung wahrnehmen und die ganze Diversität widerspiegeln müsse: „Die Gesellschaft ist sehr unterschiedlich, entsprechend vielfältig muss der öffentliche Dienst aufgestellt sein.“ Ziel des dualen Systems müsse es bleiben, Praxis und Theorie derart zu kombinieren, dass es letztlich auch zu einem Vertragsabschluss komme.

Der Kontext jedenfalls war auch in den von CESI-Generalsekretär Klaus Heeger gezogenen Schlussfolgerungen schnell abgesteckt: Zum einen hätten wir fünf Millionen junge Arbeitslose in Europa. Das wiederum erfordere ein schnelles Handeln. Auch bräuchten wir einen ganzheitlichen Ansatz, wobei jeder, ob Schulen, öffentlicher Dienst, Jugendverbände oder EU-Kommission, seine Verantwortung übernehmen müsse. Letztlich hätten alle ein Interesse daran, ihre Rolle in dieser Frage wahrzunehmen. Dies setze zum anderen aber auch einen Paradigmenwechsel voraus. So müssten wir uns der Bedeutung der Berufsausbildung wieder bewusst werden. Eines der Probleme sei dabei allerdings der Kompetenzrahmen. Auch wenn die EU zunächst keine Kompetenz in dieser Frage habe, kämen EU und Mitgliedstaaten nicht umhin zusammenzuarbeiten, wenn es darum ginge, die Jugendarbeitslosigkeit innerhalb Europas zu bekämpfen. Die relevante Frage bleibe schlicht und ergreifend: Wie sorgen wir dafür, dass junge Leute einen Beruf finden, wie schlagen wir die Brücke zwischen Bildung und Beruf?

Zudem müsse der Lehrerberuf wieder aufgewertet werden. Und auch die Arbeitgeber, ob Privatunternehmen oder öffentlicher Dienst, seien gleichermaßen gefordert, junge Leute einzustellen, wenn sie nicht an Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit verlieren wollten.

s.h.



Die Luxemburger Teilnehmer an der jüngsten CESI-Fachtagung am Hauptsitz des Deutschen Beamtenbundes dbb in Berlin





Ihre
Berufsvertretung



life
En ligne avec vous



Assurance Solde restant dû

Votre investissement immobilier en toute sécurité.
Demandez nos conditions exceptionnelles !

www.cgfp-assurances.lu



16, rue Érasme
L-1468 Luxembourg
tél. (+352) 27 04 28 01
info@cgfp-assurances.lu

Europäische Verteidigungsunion – Was nun?

„Wir leben nicht mehr auf einer Insel der Seligen“

„cesi@noon“-Veranstaltung stößt auf reges Interesse

„Wenn sich Europa nicht um seine eigene Sicherheit kümmert, wird es niemand tun“, warnte vor einem Jahr EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in Brüssel. In der Tat geht mit Donald Trumps Moto „America First“ für die Europäer die Ära einer bequemen, transatlantischen Sicherheitspolitik zu Ende.

Die Außen- und Verteidigungsminister von 23 EU-Staaten haben am 13. November einen Grundsatzbeschluss in Brüssel unterzeichnet, der den Grundstein für eine europäische Verteidigungsunion legt. Ziel ist es, die EU unabhängiger von den USA zu machen und eine engere Kooperation bei Rüstungsprojekten zu ermöglichen. Das Aufrüsten Russlands, der Brexit, der Krieg in Syrien, die prekäre Lage in der Ukraine und in Libyen, die Spannungen der USA mit Nordkorea sowie die erhöhte internationale Terrorgefahr – all diese Faktoren haben die Sicherheitslage in Europa dramatisch verändert.

Wie soll man mit den wachsenden Bedrohungen unserer Zeit umgehen und wie kann Europa seine eigenen Verteidigungsfähigkeiten bis zum Jahr 2025 effizient ausbauen? Experten haben diese Kernfragen bei der „cesi@noon“-Diskussionsrunde am 18. Oktober in Brüssel aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet. Organisatoren der gemeinsamen Veranstaltung waren die Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI) und die Hessische Vertretung in Brüssel.

Ohne die Europäische Union sei die Nato überhaupt nicht mehr in der Lage, Europa zu verteidigen, unterstrich einleitend Brigadegeneral Heinz Krieb, Direktor für Konzepte und Möglichkeiten innerhalb des EU-Militärstabs. Umso mehr gelte es jetzt, den euro-

päischen Pfeiler innerhalb der Nato zu stützen. Der Schutz Europas und seiner Einwohner sowie die Konfliktprävention seien alles Teile der globalen Strategie. Im Bereich der Krisenfrüherkennung sei Europa derzeit jedoch schwach aufgestellt.

„Agieren statt bloß reagieren“, lautete die Schlüsselbotschaft von General Krieb: „Wir müssen strategisch kommunizieren und den Bürgern klarmachen, dass wir nicht mehr auf einer Insel der Seligen leben. Die Welt hat sich verändert!“ Ziel müsse es sein, künftig bereits auf einer frühen Wahrnehmungsebene zu agieren, wo bisher für die Europäer noch kein Risiko erkennbar gewesen sei.

„Da wir immer irgendetwas am Brennen haben, werden Dinge, die gerade erst begonnen haben zu glimmen, operativ gar nicht angefasst“, bestätigte Michael Gahler, sicherheitspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion im EU-Parlament. Statt wegzuschauen, sollten die Europäer den Mut haben, Konfliktslagen, die sich entwickeln, als solche anzusprechen und rechtzeitig aktiv zu werden.

In Syrien und in Libyen z.B. habe man durch einen Mangel an Engagement und politischem Druck, ein Vakuum entstehen lassen. Über eine Zeitspanne von mehr als 25 Jahren hätten sich die europäischen Staaten eine Art „Friedensdividende“ gegönnt: Die jeweiligen Verteidigungshaushalte seien ohne gegenseitige Absprache gesenkt worden. Inzwischen gebe es viele Gründe, verstärkt gemeinsam zu agieren.

In den vergangenen Jahren seien bereits erste konkrete Schritte unternommen worden, so Gahler, der zurzeit einen Bericht zur Entwicklung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik ausarbeitet.

Auf Drängen des EU-Parlaments habe die Europäische Kommission z.B. die Einrichtung eines Verteidigungsfonds vorgeschlagen. Die EU-Mitgliedsstaaten, die diesen Topf speisen, arbeiten bei der Materialbeschaffung enger zusammen. Die Brüsseler Exekutive hat zudem ein Programm zur Förderung der europäischen Rüstungsindustrie aufgelegt.

Europa gebe sehr viel Geld für die Verteidigung aus, betonte Hauptmann Andreas Steinmetz, stellvertretender Vorsitzende des deutschen Bundeswehrverbandes. Doch deren Effizienz reiche zur Abschreckung und zur Verteidigung des europäischen Kontinents nicht aus. Wichtig sei es, bei allen Initiativen, die in Brüssel ergriffen werden, nicht nur über Strukturen zu sprechen, sondern auch die Belange des Militärs in die Diskussionen einfließen zu lassen.

Die Vermutung, dass Europäer bei gemeinsamen Einsätzen aufgrund kultureller Unterschiede nicht miteinander auskommen, sei schlichtweg falsch. Vielmehr bestehe das eigentliche Problem darin, dass u.a. die Dienstzeiten, die disziplinarischen Regeln und die Dienstränge von Land zu Land grundverschieden seien. Um dem entgegenzuwirken, müssten Mindeststandards eingeführt werden, fügte Hauptmann Steinmetz hinzu.

Im Laufe der Debatte wurde auch die Frage aufgeworfen, ob der Einsatz von Soldaten zur Bewachung öffentlicher Gebäude in Großstädten eine sinnvolle Schutzmaßnahme ist oder vielmehr ein symbolischer Akt, der den Bürgern ein Gefühl der Sicherheit vermitteln soll. Jüngsten Umfragen zufolge stören sich 75 % der belgischen Staatsbürger nicht daran, dass Soldaten mit Sturmgeweh-

ren inzwischen das Brüsseler Stadtbild prägen, betonte Emmanuel Jacob, Präsident von EUROMIL, der Dachorganisation von 33 militärischen Verbündeten und Gewerkschaften aus 21 Ländern. Seiner persönlichen Ansicht nach sollte sich die Armee allerdings nur in Ausnahmefällen um die öffentliche Sicherheit kümmern, da dies grundsätzlich Aufgabe der Polizei sei.

In seinem Schlusswort äußerte CESI-Präsident Romain Wolff den Wunsch, dass die Mitgliedsstaaten die Reihen politisch und operativ schließen und zu einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik finden, damit EU-Werte wie Demokratie, Pluralismus und gegenseitige Achtung als Ganzes verteidigt werden. Eine zentrale Rolle bei der Umsetzung des Vorhabens spiele dabei der menschliche Faktor.

„Ohne gut motivierte und ausgebildete Menschen geht es nicht“, so Wolff, der sich ebenfalls für die Einführung von Mindeststandards aussprach. Das militärische Personal müsse neben seinen Pflichten, die gleichen Rechte haben wie alle anderen europäischen Bürger auch. Dazu gehörten u.a. eine menschliche Behandlung, das Recht auf Vereinigung, eine gewerkschaftliche Vertretung sowie angemessene Arbeitsbedingungen.

Da Streitkräfte oft im Einsatz sind, um die Menschenrechte und die Freiheit der Bürger zu verteidigen, empfiehlt die CESI, dem militärischen Personal entsprechende Schulungen anzubieten. Wolff wies zudem auf die fundamentale Bedeutung der parlamentarischen Kontrolle im Zusammenhang mit sicherheits- und verteidigungsrelevanten Aktivitäten hin.

Max Lemmer



Was wäre der öffentliche Dienst ohne CGFP?

Ein Nebeneinander von Einzelgruppierungen, ohne Kraft, ohne Gewicht, ausgeliefert, verschaukelt...

CGFP - die einzige gewerkschaftliche Kraft innerhalb der öffentlichen Funktion

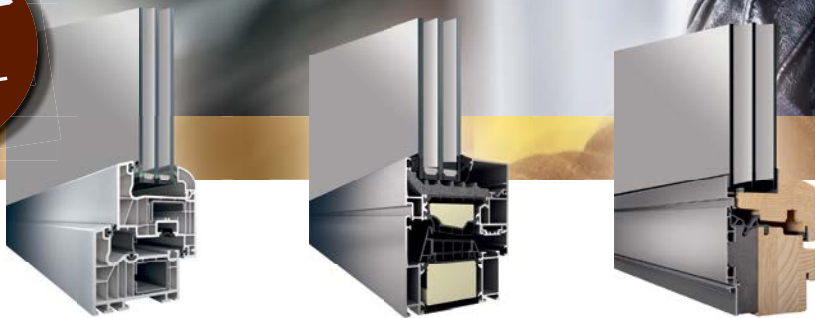


METALICA HOME

TÜREN UND FENSTER PVC | ALU | HOLZ

VERANDA

SECURITY RC2



SËCHER WUNNEN.

SHOWROOM:
MONTAG BIS FREITAG: 9 - 19 UHR | SAMSTAG: 9 - 16.30 UHR



SHOWROOM VON 600 m²

SCHÜCO Partner | **JOSKO** FENSTER & TÜR | **R** FENSTER | **MADE IN LUXEMBOURG**

181 RUE DE LUXEMBOURG | L-4222 ESCH/ALZETTE | TÉL. +352 55 21 56 | WWW.METALICA.LU



BEAUCOUP VOUS PROPOSENT DES CUISINES,
CHEZ EFFETI NOUS VOUS FERONS CELA :

Effeti
CUCINE UNICHE

Miele **SUBZERO** **WOLF**
GAGGENAU **SIEMENS** **DuPont CORIAN**

Effeti
117, route d'Arlon - L-8009 Strassen
(ancien local **Miele** die Küche)

Tél.: 26 11 92 16
info@effeti.lu
www.effeti.lu

„Im Dienst der Menschen“

CGFP vertreten beim jüngsten Gewerkschaftstag des dbb Beamtenbund und Tarifunion in Berlin

Mit über 1,3 Millionen Mitgliedern ist der dbb die große deutsche Interessenvertretung für Beamte und Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst und im privaten Dienstleistungssektor. Der Gewerkschaftstag tritt alle fünf Jahre zusammen. Er legt vor allem die Grundsätze für die berufspolitische Arbeit fest, stellt Richtlinien für die Haushaltsführung auf und beschließt die Beiträge. Der Gewerkschaftstag entscheidet auch über Satzungsänderungen und wählt in geheimer Wahl die Bundesleitung auf die Dauer von fünf Jahren.

Höhepunkt des jüngsten Gewerkschaftstages in Berlin war dann auch die Wahl einer neuen Bundesleitung und eines neuen Bundesvorsitzenden. An die Stelle von Klaus Dauderstädt, dem bisherigen Bundesvorsitzenden, der sich der Wahl auf eigenen Wunsch hin nicht mehr stellte, wählte der dbb Gewerkschaftstag Ulrich Silberbach.

In seiner Bewerbungsrede betonte der gebürtige Kölner, die Interessen aller Beschäftigten des öffentlichen Dienstes unabhängig vom Status wirkungs- und machtvoll vertreten zu wollen. „Ich habe bei meiner Arbeit auf allen gewerkschaft-

lichen Ebenen gelernt, wie wichtig die Vielfalt ist, für die der dbb steht. Nutzen wir die Chance, gemeinsam unsere Ziele für die Mitglieder zu erreichen.“ Der dbb stehe für Vielfalt und Fachlichkeit, sei für seine Mitgliedsgewerkschaften und die Landesbünde gleichzeitig Denkfabrik und Dienstleister. „Für attraktive Arbeitsbedingungen im gesamten öffentlichen Dienst müssen wir noch enger zusammenrücken“, so Silberbach. Dafür wolle er mit der gesamten Organisation leidenschaftlich kämpfen.

Erwähnen wir der Vollständigkeit halber, dass es seit jeher enge Verbindungen zwischen CGFP und dbb gibt, nicht zuletzt auf Ebene der CESI, der Europäischen Union der Unabhängigen Gewerkschaften. Sowohl CGFP als auch dbb gelten als Gründungsmitglieder der CESI und arbeiten über lange Jahre eng zusammen.

Beim jüngsten Gewerkschaftstag in Berlin war die CGFP vertreten durch ihren Nationalpräsidenten Romain Wolff, der der Veranstaltung nicht zuletzt auch in seiner Eigenschaft als CESI-Vorsitzender beiwohnte, sowie durch CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger.



Am Rande des diesjährigen Gewerkschaftstages des dbb Beamtenbund und Tarifunion in Berlin: CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff (2.v.r.), umgeben von (v.l.n.r.) CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger, CESI-Generalsekretär Klaus Heeger, dbb-Vertreterin Isabella Schupp, dbb-Vertreter Christian Moos und FGFC-Präsident Marco Thomé



CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff, zugleich Vorsitzender des europäischen Dachverbandes CESI, und CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger zusammen mit dem scheidenden Bundesvorsitzenden des dbb Beamtenbund und Tarifunion, Klaus Dauderstädt



CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff und –Generalsekretär Steve Heiliger gratulieren dem neuen dbb-Bundesvorsitzenden Ulrich Silberbach zu seiner Wahl und wünschen erfolgreiche Jahre „im Dienst des Menschen“

20. Hauptversammlung des Deutschen Bundeswehrverbandes

„Rüstungspolitik darf kein Selbstzweck sein“

CESI-Präsident Romain Wolff befürwortet die europäische Verteidigungsunion

Der Deutsche Bundeswehrverband (DBwV), der die Interessen der Bundeswehr auf Gewerkschaftsebene vertritt, zählt derzeit rund 200.000 Mitglieder. In Berlin fand vom 13. bis zum 17. November die 20. Hauptversammlung statt. Mit eindrucksvoller Mehrheit haben die Delegierten Oberstleutnant André Wüstner als Bundesvorsitzenden für eine zweite Amtszeit bestätigt. Gutgeheißen wurde zudem eine Erklärung mit 17 Maßnahmen, um den Dienst innerhalb der Streitkräfte attraktiver zu gestalten. Die kleinste Bundeswehr aller Zeiten stehe den größten Herausforderungen ihrer Geschichte gegenüber, hieß es weiter.

Seit dem Jahr 2013 ist der Deutsche Bundeswehrverband Mitglied der Europäischen Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI). „Der Berufsverband hat eine überaus aktive und mitgestaltende Rolle bei uns eingenommen“,



betonte CESI-Präsident Romain Wolff zu Beginn seiner Ansprache in Berlin. Der Gastredner beließ es nicht bei höflichen Grußworten, sondern redete sofort Klar-text.

Europa durchlebe derzeit sehr bewegte Zeiten, nicht nur im Schlechten (Stichwort

Brexit), sondern auch im Guten. Nach ersten Anlaufschwierigkeiten habe die EU-Kommission mit der Europäischen Säule sozialer Rechte die Weichen für eine soziale Sicherheit und eine bessere Vereinbarkeit von Familienleben und Beruf gestellt. Sollte sich jedoch herausstellen, dass es sich bei diesem Vorhaben um ein leeres Versprechen handele, würde dies einen gravierenden Rückschlag für Europa bedeuten.

Bis zum jetzigen Zeitpunkt ist die EU in Verteidigungsbereichen eher ein Leichtgewicht. In seiner Rede machte Romain Wolff deutlich, dass es für Europa höchste Zeit sei, eine Verteidigungsunion zu errichten. Die nationalen Interessen dürften dabei nicht außer Acht gelassen werden. Ohne Sicherheit werde es nicht gelingen, Werte wie Demokratie, Pluralismus, Freiheit und gegenseitige Achtung wirksam zu verteidigen. Eine effiziente europäische

Verteidigungsunion müsse mehr als die Summe verteidigungs- und außenpolitischer Aktivitäten aller Einzelstaaten sein. Gerade im Bereich der Außen- und Verteidigungspolitik müsse Europa mit einer Stimme sprechen.

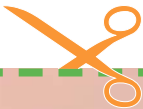
Entscheidend für das Gelingen dieses ehrgeizigen Projektes sei die Einbeziehung der Bevölkerung und des Personals der Streitkräfte, betonte Wolff. Bei den bisherigen Überlegungen sei der Faktor „Mensch“ zu kurz gekommen. Dem Militärpersonal müssten dieselben Rechte und Pflichten zustehen wie allen anderen Bürgern. „Europäische Rüstungspolitik ist auch Wirtschaftspolitik – aber eben nicht nur! Sie darf kein Selbstzweck sein“, schlussfolgerte der CESI-Präsident. Europäische Strukturen – auch im Bereich der Verteidigung – würden nur dann funktionieren, wenn die Menschen miteinbezogen würden.

m.l.

Vous avez changé d'adresse?



Alors n'oubliez pas de nous le faire savoir en renvoyant le talon-réponse ci-dessous à la
CGFP
488, route de Longwy
L-1940 Luxembourg
ou en utilisant le formulaire électronique sous:
www.cgfp.lu/Changement-adresse.html



Ancienne adresse

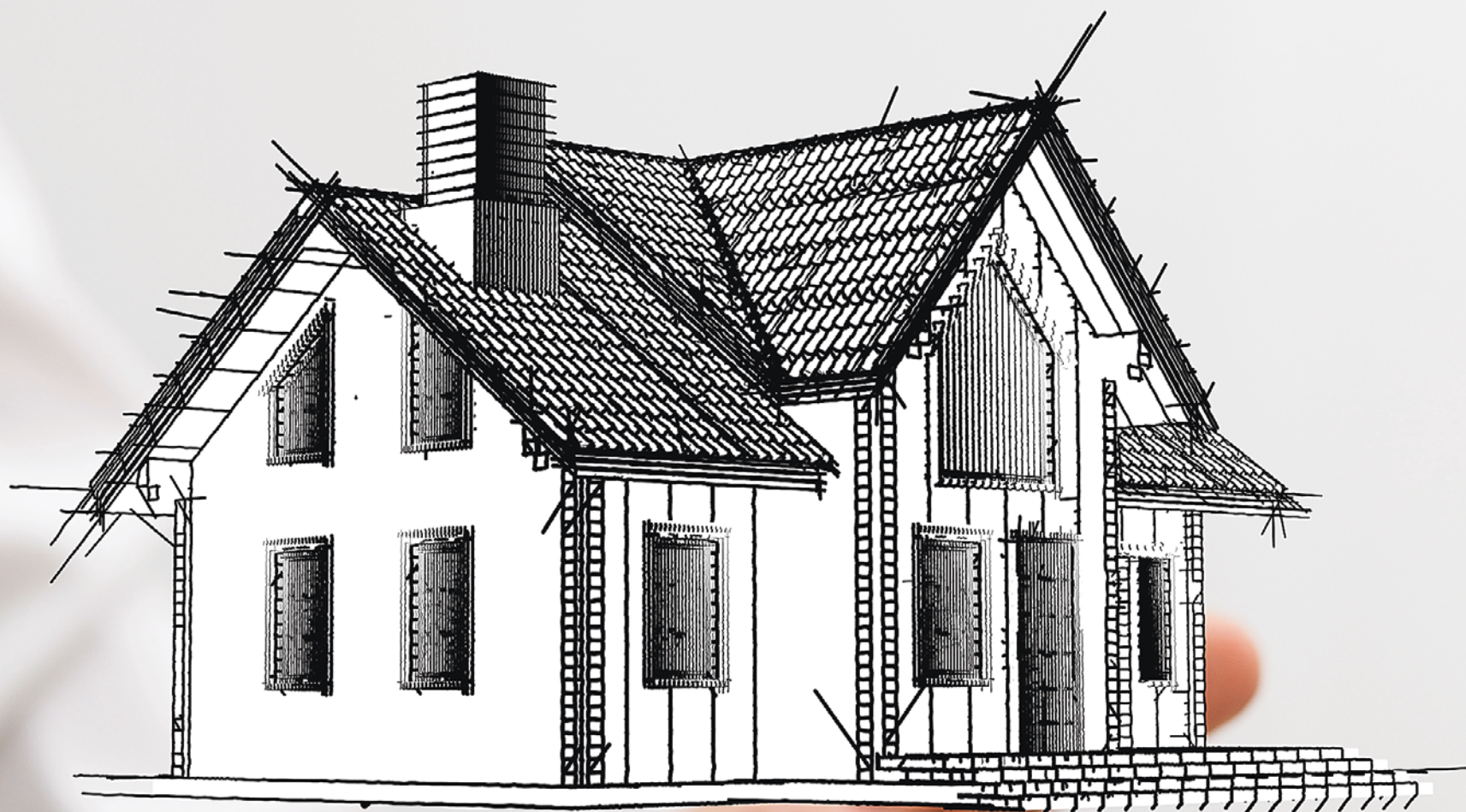
Nom:
Prénom:
No et rue:
Code postal:
Localité:

Nouvelle adresse

.....
.....
.....
.....
.....

email:

CGFP-Baukredit



Ihr Vorteil:

Ein **Direkt**-Abschluss Ihres Bausparvertrages bei der Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement, der Fach-einrichtung der Berufsorganisation des öffentlichen Dienstes, sichert Ihnen den landesweit schnellsten und günstigsten Kredit. Für unverbindliche, vertrauliche und kompetente Beratung:

Tel.: 47 36 51

CGFP  **Logement**

Werden Sie noch heute Mitglied



Die CGFP bietet:

- Wirksame Berufsvertretung, besonders Ihrer moralischen und materiellen Interessen und erworbenen Rechte
- Gratisabonnement auf die Verbandszeitung „fonction publique“
- Kostenlose juristische Beratung in Beamtenrechtsfragen
- Kostenlose Auskunft und Unterstützung in Gehalts-, Pensions-, Krankenkassen- und Steuerangelegenheiten

sowie ein umfassendes Dienstleistungsangebot:

- CGFP-Bausparen (mit Sofortkredit)
- CGFP-Versicherungen (alle Sparten)
- Krankenzusatzversicherung
- CGFP-Sterbekasse (mit Zugang zur „Caisse Médico-Complémentaire Mutualiste“)
- Zusatzpensionsversicherung
- Service CGFP de Placement (Geldanlage)
- CGFP-Konsumkredit („petits prêts“)
- Fondation CGFP de Secours / CGFP-Hilfswerk
- CGFP-Reiseagentur Lux Voyages
- Kindertagesstätten „Kaweechelchen“ und „Am Butzenascht“
- CGFP-Nachhilfevermittlung für die Sekundarstufe „AFAS“

Und so einfach geht's:
Untenstehende Karte ausfüllen und einsenden an:

CGFP
Boîte postale 210
L-2012 Luxembourg



CONFÉDÉRATION GÉNÉRALE
DE LA FONCTION PUBLIQUE
Boîte postale 210
L-2012 LUXEMBOURG

CGFP

Déclaration d'adhésion

Je soussigné(e) déclare par la présente que j'adhère à la Confédération Générale de la Fonction Publique CGFP.

J'autorise le Bureau Exécutif de la CGFP à prélever sur mon compte-courant le montant de la cotisation annuelle.

Nom et prénom:

Domicile: Code postal no

Rue: no

Administration/Service:

Fonction: Date de naissance:

CCP ou
compte bancaire no: IBAN LU

....., le

(signature)

REMARQUE: La cotisation annuelle, qui est actuellement fixée à 55,00 € (retraités/veuves: 35,00 €), comprend l'abonnement au périodique «fonction publique» et donne droit à toutes les prestations de la CGFP.

Cours de formation et d'appui scolaires



Cours d'appui, de rattrapage, de révision et de méthodologie pour les élèves de l'enseignement secondaire et secondaire technique luxembourgeois

Inscription et informations (**Attention: nouvelles heures d'ouverture!**)

mardi: de 9h30 à 11h30 et de 14h30 à 16h30

mercredi: de 14h30 à 16h30

jeudi et vendredi: de 9h30 à 11h30

Tél.: 26 77 77 77 afas@cgfp.lu
http://www.cgfp.lu/cgfp_services

AFAS CGFP
Association de Formation
et d'Appui scolaires a.s.b.l.

Vos projets
ont de l'avenir



Charlotte,
future
présidente d'association

Louis,
futur
artisan boulanger

BGL BNP PARIBAS
S'ENGAGE POUR CONCRÉTISER VOS PROJETS
AU LUXEMBOURG

Répondons à vos besoins dans l'une de nos agences,
par téléphone au 42 42-2000 ou sur bgl.lu

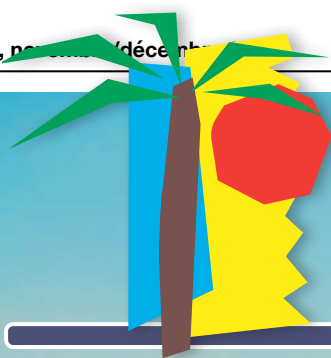


**BGL
BNP PARIBAS**

La banque d'un monde qui change

bgl.lu

BGL BNP PARIBAS S.A. (50, avenue JF Kennedy, L-2951 Luxembourg, R.C.S. Luxembourg : B6481) Communication Marketing Juillet 2014



LUX VOYAGES

Litauen, Lettland & Estland

Eindrucksvolles Baltikum



Entdecken Sie den Charme Nordosteuropas auf dieser authentischen Baltikumreise durch die kulturellen und landschaftlichen Höhepunkte Litauens, Lettlands und Estlands. Spazieren Sie durch die malerischen Altstädte Vilnius, Riga und Tallinn, (UNESCO-Weltkulturerbe), erkunden Sie imposante Burgen und Schlösser und treffen Sie die Menschen vor Ort, zum Beispiel bei einem Rundgang durch das Künstlerviertel Uzupis. Unsere ansässigen Reiseleiter gewähren Ihnen faszinierende Einblicke in die Traditionen des Baltikums und bringen Ihnen mit packenden Geschichten die belebte Vergangenheit der osteuropäischen Staaten näher. Genießen Sie während dieser beeindruckenden Reise vollends die friedliche und unberührte Natur auf entspannten Wanderungen entlang kleiner Dörfer und malerischer Küsten. Ein bisschen Sahara-Feeling gibt es auch, nämlich auf der Kurischen Nehrung, wo sich die höchsten Dünen Nordeuropas befinden. Nicht fehlen dürfen die typisch osteuropäischen Wald- und Wiesenlandschaften sowie die sehr herzlichen und lebensfrohen Menschen. Erleben Sie so den denkwürdigen Zauber Nordosteuropas mit einem intensiven Einblick in die Kultur und Gastfreundschaft der drei baltischen Staaten.



Reisepreis ab 1.479€* / Person im halben DZ, inklusive

- Linienflüge (Eco) mit Lufthansa: Frankfurt-Vilnius / Tallinn-Frankfurt
- Transfers in klimatisierten Fahrzeugen
- 9 Übernachtungen in Hotels der guten Mittelklasse (DZ mit Bad oder Dusche und WC)
- Mahlzeiten laut Programm
- Besichtigungen und Eintrittsgelder laut Programm
- Ständige deutschsprachige Reiseleitung sowie lokale Fremdenführer
- Durchführungsgarantie ab 4 Teilnehmern (maximal 16)

Für 2018 sind 16 Termine zwischen dem 26.04. und dem 06.09. vorgesehen.

Gerne beraten wir Sie und stellen Ihnen die ausführliche Reisebeschreibung dieser und einer Vielfalt anderer Baltikum-Reisen vor. Wenden Sie sich einfach an Lux Voyages, Ihre CGFP-Reiseagentur.

*3% CGFP-Exklusivrabatt für CGFP-Mitglieder, generell auf allen Pauschalreisen, Kreuzfahrten, Hotel- und Mietwagenreservierungen.



LUX VOYAGES s.à r.l.

25-A, boulevard Royal
L-2449 Luxembourg

Tel.: 47 00 47 - 1 • Fax: 24 15 24
luxvoyages@cgfp.lu

A man and a woman are leaning over a table, looking at architectural plans. The man, on the left, is wearing a red and white checkered shirt and is pointing at a drawing. The woman, on the right, is wearing a blue jacket and is looking at the drawing. They are both smiling and appear to be in a collaborative work environment. The background shows a modern interior with white shelves and books.

Mehr IQ für mehr qm!

Mit BHW zuverlässig in die eigenen vier Wände

Wohneigentum ist alles: Baufinanzierung, Vermögensaufbau, Anlageoptimierung, solide Altersvorsorge. Sprechen Sie mit einem BHW-Berater drüber. **Oder rufen Sie die CGFP Hotline an: 473651.**

Die CGFP ist der BHW Bausparpartner in Luxemburg für den öffentlichen Dienst.

BHW Bausparkasse
Niederlassung Luxemburg
16, rue Erasme
L-1468 Luxembourg Kirchberg
www.bhw.lu

BHW 
Gemeinsam für Ihr Zuhause